

Konzernabschluss 2021

LVV Leipziger Versorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH

Inhaltsverzeichnis

Konzernlagebericht	Seite 1
Konzernbilanz	Seite 24
Konzerngewinn- und -verlustrechnung	Seite 26
Konzernanhang	Seite 27
Entwicklung des Konzernanlagevermögen	Seite 48
Konzerneigenkapitalspiegel	Seite 50
Konzernkapitalflussrechnung	Seite 52
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Seite 53

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2021

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

1 Grundlagen des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Unter dem Dach der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), wird die Energieversorgung einer prosperierenden Stadt, die Bereitstellung von Wasser und die umweltgerechte Entsorgung von Abwasser sowie die Organisation eines umweltfreundlichen und attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sichergestellt und zukunftsgerichtet weiterentwickelt. Die Leistungen der Daseinsvorsorge in den einzelnen Geschäftsfeldern werden jeweils durch ein oder mehrere Tochterunternehmen innerhalb des LVV-Konzerns erbracht. Dabei bewegt sich dieser auf regulierten Märkten wie der Wasserver- und Abwasserentsorgung und dem Betrieb von Strom-, Gas- und Wärmeverteilungsnetzen sowie auf wettbewerblichen Märkten wie der Versorgung mit Energie- und Mobilitätsdienstleistungen. Im Rahmen des polnischen Engagements versorgt die Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen (GPEC), zusammen mit ihren Tochterunternehmen die Regionen um die nordpolnischen Städte Gdańsk und Sopot mit Wärme.

1.2 Ziele und Strategien

Die Konzernstrategie gibt Finanz-, Markt-, Prozess- und Mitarbeiterziele vor, legt Rahmenbedingungen für die Geschäftsfelder fest und richtet die Verzinsung für das eingesetzte Kapital am Rendite-Risiko-Profil der jeweiligen Geschäftstätigkeit aus.

Basierend auf den vom Stadtrat beschlossenen Eigentümerzielen wurde die Konzernstrategie „Leipziger 2020“ im Jahr 2016 im Aufsichtsrat der LVV verabschiedet. Diese wurde im Jahr 2019 mit der Strategie „2030 – Zuhause für unsere Zukunft“ konkretisiert. Mit der turnusmäßigen Überarbeitung der Konzernstrategie alle fünf Jahre wurde im zweiten Halbjahr 2021 begonnen.

Aufgrund der zum Klimanotstand der Stadt Leipzig gefassten Stadtratsbeschlüsse besteht die Vorgabe, eine vollständige Klimaneutralität bis möglichst 2040 zu erreichen. Mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes am 31. August 2021 hat die Bundesregierung die Klimashutzvorgaben verschärft und das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 verankert. Bereits bis 2030 sollen die Emissionen um 65 % gegenüber 1990 sinken.

In einem gemeinsamen Prozess hat die Konzernentwicklung mit den Tochterunternehmen die Aktualisierung der Konzernstrategie begonnen. Der Zeitplan sieht zu Beginn des Jahres 2022 eine Aufsichtsratsklausur vor, ein Beschluss durch die Gesellschafterversammlung ist für Mitte des Jahres 2022 vorgesehen.

Dabei baut die bestehende Konzernstrategie auf den Einzelstrategien der Tochterunternehmen auf und wird durch eine gemeinsam erarbeitete Konzernperspektive auf Basis der Eigentümerziele komplettiert. Die gemeinsamen Handlungsfelder sind Markt, Digitalisierung, Investitionen, Arbeitswelten, Steuerung, Umwelt und Ressourcen sowie Stadt und Region. Die Handlungsfelder dienen der klaren Fokussierung auf Maßnahmen, die in den jeweiligen Schwerpunkten im Sinne der Zielerreichung umgesetzt werden. Auf Basis dieser Konkretisierung sollen die Eigentümerziele der Stadt Leipzig in den Märkten der Daseinsvorsorge auch zukünftig erreicht werden. Die Strategie reflektiert die steigenden Anforderungen an die wassertechnische Infrastruktur sowie die Auswirkungen der Energie- und Mobilitätswende und stellt Klimaschutz und Digitalisierung in den Mittelpunkt des Handelns. Auch das im Stadtrat beschlossene Nachhaltigkeitsszenario für den Nahverkehr in Leipzig und die angepassten Bevölkerungserwartungen werden berücksichtigt.

Energie: In den Eckpunkten des energiepolitischen Zieldreiecks Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Ökologie gestalten die Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Stadtwerke), die nachhaltige Energieversorgung in Leipzig. Ziel ist einerseits die Erreichung der Klimaneutralität der Energieträger und andererseits der intelligente Umbau der Energiesysteme in Leipzig. In der Umsetzung besteht die Strategie aus drei Kernelementen: Sicherung der Ergebnisbeiträge der Hauptgeschäftssäulen, werthaltiges Wachstum und Ausbau neuer Geschäftsmodelle sowie systematische Entwicklung neuer strategischer Perspektiven.

Dabei ist das Wärmegeschäft ein wesentliches Strategieelement und zugleich eine tragende Säule des LVV-Konzerns. Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Leipziger Fernwärmesystems ist daher eine aktuell konkret umzusetzende Aufgabe. Die Stadtwerke setzen das Zukunftskonzept für die nachhaltige Wärmeversorgung Leipzigs weiter ambitioniert um. Dies erfolgt durch den Bau des gasbetriebenen Heizkraftwerks (HKW) Süd bis Ende 2022 in Verbindung mit einem Wärmespeicher, einer innovativen Kraft-Wärme-Kopplungs-(KWK-)Anlage und von mehreren Solarthermieanlagen. Zur nachhaltigen Sicherung der Fernwärmeversorgung sind perspektivisch signifikante Investitionen zur Erweiterung des Fernwärmenetzes in Leipzig vorgesehen, unter anderem auch der Anschluss industrieller Abwärme. Durch die Möglichkeit, in einer weiteren Entwicklungsstufe eine vollständige (100 %ige) Befeuerung der Gasturbinen des HKW Süd mit Wasserstoff realisieren zu können, sind die Stadtwerke für die Zukunft gewappnet. Ab welchem Zeitpunkt Wasserstoff für dieses Kraftwerk genutzt werden kann, hängt von der Fertigstellung der hierfür erforderlichen Infrastruktur, der grundsätzlichen Verfügbarkeit und den Kosten von grünem Wasserstoff ab. Für eine zuverlässige Versorgung mit grünem Wasserstoff wurden erste Pläne für den Anschluss der Stadt Leipzig an das zukünftige Europäische Wasserstoffpipeline Netz (European Hydrogen Backbone) erarbeitet.

Mobilität: Die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig (Verkehrsbetriebe), haben ihre neue Strategie MobiLE, die für Mobilität für Leipzig steht, beschlossen. Damit ist der unternehmerische Anspruch verknüpft: Wir gestalten mit der Strategie MobiLE unsere Zukunft selbst und leisten damit unseren Beitrag für eine klimagerechte Verkehrswende. Damit geht der Anspruch einher, politische und Aufgabenträgererwartungen frühzeitig aufzunehmen, zu antizipieren sowie Möglichkeiten der fachlichen und unternehmerischen Umsetzung in die Diskussion einzubringen.

Die Umsetzung der Strategie erfolgt durch eine Beschleunigung und eine Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten im ÖPNV. Die Schwerpunkte liegen im klassischen ÖPNV bei Beschleunigungsmaßnahmen im bestehenden Netz, der Modernisierung des Fuhrparks und Kapazitätserweiterungen durch größere Fahrzeuge sowie bei der Weiterentwicklung des Liniennetzes. Hinzu kommen Digitalisierungsprojekte im Kontext automatisierter Verkehre sowie vor allem bei „on demand“- und multimodalen Angeboten. Die Plattform LeipzigMOVE ist dabei die Integrationsbasis für die Stärkung sogenannter MaaS-Produkte (mobility as a service) zur Erschließung neuer Kundengruppen. So soll unter Berücksichtigung der aktuellen Bevölkerungsprognose ein Fahrgastaufkommen von 206 Millionen Fahrten im Jahr 2040 erreicht werden. Dies bedeutet zwar nahezu eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen im Verhältnis zum Pandemiejahr 2020. Die Verkehrsbetriebe gehen jedoch davon aus, dass der lockdownbedingte Fahrtenrückgang von 32% in den nächsten Jahren wieder aufgeholt werden kann und somit das Gesamtziel der Nahverkehrsnutzung aus der Mobilitätsstrategie erreichbar ist. Damit kann die Zielgröße eines 23%-igen Anteils des Nahverkehrs am Modal Split erfüllt werden. Ebenso ist die Erreichung von Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 Teil der Strategie. Für die Verkehrserlöse als unverändert wichtigstes Standbein der Verkehrsfinanzierung liegt die Zielstellung für 2040 bei 212 Millionen Euro.

Wasser: Im Programm „Wasser 2030 – Nachhaltig. Zuverlässig. Vernetzt.“ hat die Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke), die sechs Handlungsfelder Infrastruktur, Service, Prozesse, Ressourcenschutz, Digitalisierung und Mitarbeiter als Basis für die strategischen Ziele definiert. Diese bilden die Grundlage für eine zukunftssichere Weiterentwicklung des Geschäftsfeldes vor dem Hintergrund der sich ständig verändernden Herausforderungen. Dabei wird besonderer Wert auf den effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen gelegt. Wesentliche Herausforderungen sind neben der Sanierung der bestehenden Ver- und Entsorgungsinfrastruktur und dem Ausbau des Klärwerks Rosental die demografische Entwicklung, der sich abzeichnende Klimawandel, die Bearbeitung der komplexen Thematik Klärschlamm Entsorgung und die Diskussion über smarte Infrastrukturentwicklung im Spannungsfeld mit IT- und Informationssicherheit in der Wasserwirtschaft.

1.3 Steuerungssystem

Zur Steuerung und Führung setzt der LVV-Konzern ein zielorientiertes Managementsystem ein. Wesentliche aktive Führungsinstrumente stellen dabei die in der Konzernstrategie festgelegten strategischen Geschäftsleitplanken je Geschäftsfeld, der darauf aufbauende Wirtschaftsplan und die damit verbundenen Zielvereinbarungen für die Führungskräfte sowie das konzernweit organisierte Risikomanagementsystem dar.

Im Rahmen des jährlichen Strategie- und Planungsprozesses werden auf Basis strategischer Vorgaben grundsätzliche Erwägungen über Investitionen in Anlagen, Märkte und unterstützende Aktivitäten in ihren Auswirkungen auf die Unternehmenswertentwicklung festgesetzt und bewertet.

Der Steuerung des LVV-Konzerns werden die Leistungskennzahlen Konzernergebnis, Eigenmittelquote, Nettogesamtverschuldung, adjustiertes EBITDA und dynamischer Verschuldungsgrad zugrunde gelegt.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war 2021 nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Quelle: www.destatis.de) um 2,9 % höher als 2020. Die konjunkturelle Entwicklung war auch 2021 stark abhängig vom Corona-Infektionsgeschehen und von den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen. Trotzdem konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem Einbruch im Vorjahr erholen, wenngleich die Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht hat. Dennoch werden die Unternehmen fortlaufend vor neue Herausforderungen gestellt, die weitere Risiken hervorbringen können. Unter anderem bremsen Lieferengpässe, stark steigende Rohstoff-, Kraftstoff- und Energiepreise sowie der Mangel an Fachkräften den konjunkturellen Aufschwung zunehmend aus. Insbesondere anhaltende Lieferkettenstörungen und Materialengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten belasten die Konjunkturerholung zunehmend.

Die Verbraucherpreise in Deutschland sind 2021 deutlich gestiegen. Die Inflationsrate – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) zum Vorjahr – lag 2021 im Jahresdurchschnitt bei 3,1 %.

Der Leipziger Arbeitsmarkt konnte sich nach der Belastung durch die Corona-Pandemie im Jahr 2020 wieder erholen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich von 7,7 % im Dezember 2020 auf 6,1 % im Dezember 2021. Damit liegt sie nahezu auf dem gleichen Niveau wie vor der Corona-Pandemie im Dezember 2019 (5,9 %). Für das Jahr 2022 wird damit gerechnet, wieder das Vorkrisenniveau zu erreichen.

Im Dezember 2021 waren insgesamt 609.869 Menschen mit Hauptwohnsitz in Leipzig gemeldet, das waren 4.462 Personen mehr als noch im Jahr 2020. Damit liegt der Zuwachs sogar leicht über dem Vorjahr. Auch wenn die Corona-Pandemie das Umzugsgeschehen beeinträchtigt hat, ziehen nach wie vor mehr Menschen nach Leipzig als weg. Es wird auch weiterhin davon ausgegangen, dass Leipzig als prosperierende Stadt eine weiter steigende Einwohneranzahl in den nächsten Jahren verzeichnen kann.

Die **energiepolitischen Rahmenbedingungen** des Jahres 2021 waren wesentlich von den Maßgaben zur Realisierung des European Green Deal (EGD) bestimmt. Zur Umsetzung des von der Europäischen Kommission verfolgten Zieles, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität verbindlich festzuschreiben, standen im Rahmen zahlreicher Einzellegislativvorhaben für ein Europäisches Klimagesetz konkretisierende Zwischenschritte auf der europäischen energiepolitischen Agenda. Im vorgenannten Rahmen wurde seitens der Europäischen Kommission eine Reihe von rahmengebundenen Einzelmaßnahmen konkretisiert. Mit dem „Fit für 55“-Paket, das an die Einigung im Europäischen Rat auf ein Zwi-

schenziel für eine CO₂-Reduktion von mindestens 55 % anknüpft, wurde mit der Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems, der Richtlinien über Erneuerbare Energien (RED II zu RED III) und über die Energieeffizienz von Gebäuden (EPBD) begonnen.

Mit der Kabinettsfassung zur Bundesförderung effizienter Wärmenetze (BEW) wurde der maßgebliche Rahmen zur Förderung der Transformation von öffentlichen Wärmenetzen erarbeitet und veröffentlicht. Die abschließende haushaltsrechtliche Verankerung der jährlichen Fördersummen für das Instrument stand im Geschäftsjahr 2021 noch aus. Zudem bedarf der Programmentwurf der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Wettbewerbsbehörde. Vor dem Hintergrund der schrittweisen Transformation der Leipziger Fernwärmeversorgung erfolgte eine Beteiligung an Konzeption und geplanter Umsetzung der Programminhalte. Der formelle Abschluss des Verfahrens unter Einschluss der beihilferechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen wird nunmehr für das Jahr 2022 erwartet.

Mit Abschluss der Bundestagswahl 2021 wurden nach der aktuell geltenden Koalitionsvereinbarung wesentliche energiepolitische Neuausrichtungen für die begonnene Legislaturperiode dokumentiert. Als wesentliche energiepolitische Themen wurden die deutliche Erhöhung der Ausbauziele für Erneuerbare Energien auf allen Einsatzebenen, die rasche Umsetzung der Dekarbonisierung der Wärmeversorgung sowie die Überarbeitung des Planungs- und Genehmigungsrechts für Anlagen- und Netzinfrastrukturen hervorgehoben. Daneben werden die Evaluierung des Zeitplans zum Kohleausstiegsgesetz und die gesetzliche Flankierung zum Aufbau einer umfassenden Wasserstoffwirtschaft für die laufende Legislaturperiode angekündigt.

Das pandemische Geschehen des Jahres 2021 spiegelt auch die Situation und Entwicklung der **Verkehrsunternehmen des ÖPNV** wider. Während die weitreichenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens zu Beginn des Jahres 2021 dafür sorgten, dass die Dienstleistungen nur zu einem Bruchteil der gewöhnlichen Nachfrage in Anspruch genommen wurden, sorgten eine stetige Steigerung der Impfquote sowie damit einhergehende Lockerungen für eine Besserung der Situation, indem danach eine sukzessive Zunahme der Fahrgastzahlen verzeichnet werden konnte. Nichtsdestotrotz standen nur bedingt reduzierbare Aufwendungen im Ungleichgewicht zu den erzielbaren Erträgen, wobei vor allem die pandemiebedingte Fahrgastentwicklung weitere Erträge zum Schadensausgleich erforderlich machte.

Die daraus resultierenden Einnahmeverluste stellen die Unternehmen der Branche vor große Herausforderungen, die nur mit Unterstützung von Bund und Ländern bewältigt werden können. Sollten sich Nachfrage und Einnahmen weiterhin deutlich unter Vorkrisenniveau und ursprünglichen Erwartungen bewegen, fehlen wesentliche finanzielle Mittel, um den steigenden Kosten und dem wachsenden Investitionsbedarf eines leistungs- und zukunftsfähigen ÖPNV sowie einer erfolgreichen Gestaltung der Verkehrs- und Klimawende gerecht zu werden.

Planungssicherheit ist jedoch hinsichtlich der Beauftragung der Verkehrsleistung gegeben. Der Leipziger Stadtrat hat am 9. Februar 2022 einen wegweisenden Beschluss gefasst: Die Verkehrsbetriebe sind und bleiben bis 2044 DER Mobilitätsdienstleister für die Stadt Leipzig. Damit ist die Grundlage für nachhaltige Investitionen, sichere und attraktive Arbeitsplätze, aber auch für die zukünftige Leistungserbringung gelegt. Der sogenannte öffentliche Dienstleistungsauftrag (ÖDA), der im Jahr 2022 wirksam werden soll, enthält auch Regelungen für die zukünftige Finanzierung, um die Ziele der Stadt im Rahmen der Mobilitätsstrategie umzusetzen. Demnach wird die Leipziger Gruppe insgesamt vorrangig die Finanzierung übernehmen. Die Stadt Leipzig erwartet zudem marktfähige Kosten, sichert die Finanzierung jedoch ab, falls sie konzernintern nicht möglich sein sollte.

Als lokale Besonderheit ist nach wie vor der im bundesdeutschen Vergleich niedrige spezifische Wassergebrauch im Versorgungsgebiet der **Wasserwerke** zu nennen. So lag der Pro-Kopf-Tagesgebrauch im Versorgungsgebiet 1993 noch bei 115 Litern. 2004 sank er erstmals unter die 90-Liter-Marke und erreichte 2011 seinen bisherigen Tiefstwert von 85,9 Litern. Im Vergleich zu dem für das Jahr 2020 durch den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) festgestellten bundesdeutschen Durchschnittswert von 129 Litern pro Person und Tag entspricht die Nutzung im Versorgungsgebiet der Wasserwerke mit 99,8 Litern pro Einwohner und Tag im Jahr 2021 damit einem um 23 % geringeren Durchschnittsgebrauch. Allerdings kann nach den letzten Jahren leichter Gebrauchssteigerungen in Folge von einem – unter Absatzgesichtspunkten – positiven Trend gesprochen werden.

In dem Zeitraum der vergangenen vier Jahre hat sich aufgrund der stark zunehmenden Trockenheit auch sehr deutlich gezeigt, wie stark wetterabhängig die Wasserabgabe tatsächlich ist. Dieser Fakt und steigende Absatzmengen wirken sich zudem auf die Auslastung der technischen Anlagen der Wasserwerke aus.

Die energie- und wasserwirtschaftliche Branche hat im Vergleich zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung wenige beziehungsweise kaum negative Einflüsse aufgrund der Corona Pandemie zu verzeichnen. Hier sind coronabedingte Auswirkungen auf Lieferketten, Forderungsausfälle aus Energie- und Wasserlieferungen, Ausfälle von Mitarbeitern sowie ein Verzug von Baumaßnahmen und größeren Projekten möglich.

2.2 Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2021 ist trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie durch eine weitgehend positive wirtschaftliche Entwicklung geprägt. Die wesentlichen Kennzahlen stellen sich im Plan- und Vorjahresvergleich wie folgt dar:

Kennzahlen

		Plan 2021	Ist 2021	Ist 2020
Konzernergebnis	Mio. EUR	26,5	40,8	18,0
Adjustiertes EBITDA ¹	Mio. EUR	218,6	224,7	219,6
Eigenmittelquote ²	%	39,6	38,9	40,2
Nettogesamtverschuldung ³	Mio. EUR	968,1	910,7	748,1
Dynamischer Verschuldungsgrad ⁴		4,4	4,1	3,4

¹ adjustiertes EBITDA gleich Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen unter Beachtung der Regelungen des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes (BilRUG)

² Eigenmittelquote gleich bilanzielles Eigenkapital plus Hälfte der Sonderposten dividiert durch die um die Forderungen gegen Gesellschafter bereinigte Bilanzsumme

³ Nettogesamtverschuldung gleich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten plus sonstige zinstragende Verbindlichkeiten abzüglich liquider Mittel

⁴ dynamischer Verschuldungsgrad gleich Nettogesamtverschuldung dividiert durch adjustiertes EBITDA

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Konzernjahresüberschuss von 40,8 Mio. EUR ab. Das Konzernergebnis liegt 14,3 Mio. EUR über dem geplanten Wert. Die Veränderung gegenüber der Wirtschaftsplanung und dem Vorjahr ist wesentlich durch Sondereffekte beeinflusst.

Das adjustierte EBITDA für das Geschäftsjahr 2021 beläuft sich auf 224,7 Mio. EUR. Es verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Mio. EUR und liegt mit 6,1 Mio. EUR über dem geplanten Wert. Hier wirkt sich insbesondere ein verbesserter EBITDA-Beitrag der Stadt- und Wasserwerke aus.

Die Eigenmittelquote des Konzerns vermindert sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte. Die Veränderung ist trotz des positiven Jahresergebnisses auf die gestiegene Bilanzsumme zurückzuführen.

Die Nettogesamtverschuldung steigt im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der weiteren Darlehensaufnahme für Investitionen in die Infrastruktur des Konzerns. Sie bleibt jedoch hinter dem in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Wert zurück, da vorgesehene Darlehensaufnahmen geringer ausfielen oder in das Folgejahr verschoben wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der dynamische Verschuldungsgrad auf 4,1 gestiegen. Trotz höherer Nettogesamtverschuldung bleibt der dynamische Verschuldungsgrad infolge der deutlichen Verbesserung des adjustierten EBITDA unter dem Wert in der Wirtschaftsplanung für 2021.

Folgende Rahmenbedingungen spielen bei der Ergebnisentwicklung der einzelnen Geschäftsfelder des Konzerns im Geschäftsjahr 2021 eine wesentliche Rolle:

Der Umsatz im Geschäftsfeld **Energie** ist hauptsächlich von der Eigenhandelstätigkeit der Stadtwerke in den Commodities Strom, Gas und CO₂ (Systemmarkt) geprägt. Zudem tragen insbesondere eine intensive Marktbearbeitung durch den Vertrieb von Strom-, Gas- und Wärmeprodukten in Leipzig sowie die Marktführerschaft für die Wärmeversorgung in der Region Gdańsk (Endkundenmarkt) zum positiven Geschäftsverlauf bei. Durch die Bereit- und Sicherstellung sowie den Ausbau der Netzinfrastruktur für die Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung wird der Endkundenmarkt des Geschäftsfelds unterstützt (Netzgeschäft).

Das Ergebnis der Stadtwerke liegt sowohl über der im Rahmen der Wirtschaftsplanung getroffenen Prognose als auch über dem Ist-Wert des Vorjahres. Ursächlich hierfür ist ein deutlich verbessertes Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA), welches das gesunkene Beteiligungsergebnis und höhere Abschreibungen übersteigt. Wesentlich dazu beigetragen haben deutlich höhere sonstige betriebliche Erträge, unter anderem durch die Auflösung von Vorsorgerückstellungen aufgrund der erfolgreichen Teilnahme an einer Ausschreibung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Die Stadtwerke haben nach Beendigung des Leasingvertrages das Biomasseheizkraftwerk (BMHKW) Bischofferode zum 2. Juli 2021 zurückerworben und eine Restnutzungsdauer bis zum Ende der EEG-Förderung unterstellt. In diesem Zusammenhang wurde eine Zuschreibung der vormals im Anlagevermögen außerplanmäßig abgeschrieben Vermögensgegenstände vorgenommen und die bisher aus dem Leasingverhältnis resultierende Rückstellung für drohende Verluste vollständig aufgelöst.

Im Bereich **Mobilität** waren die Fahrgastentwicklung und damit die Einnahmesituation im Jahr 2021 weiterhin durch die Einschränkungen des öffentlichen Lebens infolge der Corona-Pandemie beeinflusst. Insgesamt wurden 102,8 Mio. Fahrgäste befördert und damit fast das Niveau des Vorjahres wieder erreicht. Das entspricht jedoch nur etwa zwei Drittel des Nachfrageniveaus vor Beginn der Pandemie. Zum Ausgleich der wirtschaftlichen Schäden aufgrund des Pandemiegeschehens erhielten die Verkehrsbetriebe Erstattungen über den ÖPNV-Rettungsschirm von 20,2 Mio. EUR. Entsprechend der dem ÖPNV-Rettungsschirm zugrunde liegenden Systematik zur Ermittlung des Schadens, die im Kern auf das Referenzjahr 2019 abstellt, kann darüber nicht der gesamte Schaden ausgeglichen werden. Dies resultiert aus den ursprünglich erwarteten Erlössteigerungen, die Aufwandssteigerungen kompensieren sollten. Infolgedessen ist, auch nach eigenen Anstrengungen zur Kompensation fehlender Einnahmen sowie der Mittel von Bund und Land, ein Verlust von rund 5,6 Mio. EUR zu verzeichnen, welcher über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der LVV ausgeglichen wurde.

Darüber hinaus wurden auf Basis des Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrages (VLFV) den Verkehrsbetrieben konzernintern Mittel zur Finanzierung der Verkehrsleistungen von insgesamt 60,9 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

Im Geschäftsfeld **Wasser** werden rund 708.700 Menschen im Versorgungsgebiet mit Trinkwasser versorgt sowie für rund 676.500 Einwohner im Entsorgungsgebiet die umweltgerechte Reinigung des anfallenden Abwassers sichergestellt.

Im Geschäftsjahr 2021 haben die Wasserwerke ein Ergebnis erzielt, das deutlich über dem des Vorjahres sowie der Planung liegt. Die Ergebnisverbesserung resultiert unter anderem aus dem Entfall geplanter Unterdeckungen, der Auflösung von Rückstellungen sowie nicht geplanten Erträgen aus Schadenersatzleistungen.

Die Wasserwerke haben am 23. Dezember 2021 mit potenziellen Schuldnern von Schadenersatzansprüchen Vergleichsvereinbarungen abgeschlossen. Die Wasserwerke gingen davon aus, dass ihnen im Zusammenhang mit der Beratung zum Abschluss komplexer synthetischer Finanztransaktionen (Collateralized Debt Obligations (CDO) und Credit Default Swaps (CDS)) jeweils Schadenersatzansprüche gegen die potenziellen Schuldner zustanden. Die potenziellen Schuldner haben sich in den entsprechenden Vergleichsvereinbarungen jeweils zu einer Zahlung an die Wasserwerke in einem einstelligen Millionen-Euro-Bereich verpflichtet. Ein Vergleich ist bereits durch Zahlung erfüllt. Die Zahlungen unter dem anderen Vergleich können bis ins Jahr 2023 gestreckt werden.

2.3 Ertragslage

Die Veränderung der Erträge und Aufwendungen des Konzerns im Geschäftsjahr 2021 wird anhand der nachfolgend zusammengefassten Ertragslage dargestellt. Die Posten der zugrunde liegenden Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind hierbei um neutrale Effekte bereinigt.

Ertragslage				in Mio. EUR
	2021	2020	Veränderung absolut	
Umsatzerlöse	2.396,6	2.276,8	119,8	
Materialaufwendungen	1.897,4	1.763,4	134,0	
Rohmarge	499,2	513,4	-14,2	
Übrige betriebliche Erträge	96,2	86,2	10,0	
Personalaufwendungen	267,6	259,1	8,5	
Abschreibungen	156,4	146,8	9,6	
Übrige betriebliche Aufwendungen	149,3	155,6	-6,3	
Betriebsergebnis	22,1	38,1	-16,0	
Beteiligungsergebnis	7,2	6,2	1,0	
Zinsergebnis	-17,4	-29,9	12,5	
Neutrales Ergebnis	36,7	10,4	26,3	
Ergebnis vor Ertragsteuern	48,6	24,8	23,8	
Ertragsteuern	-7,8	-6,8	-1,0	
Konzernjahresergebnis	40,8	18,0	22,8	

Der LVV-Konzern erzielte im Geschäftsjahr 2021 ein positives Jahresergebnis von 40,8 Mio. EUR. Bei einem Rückgang des Betriebsergebnisses aus der operativen Geschäftstätigkeit ist die Entwicklung der Ertragslage gegenüber dem Vorjahr jedoch durch eine erhebliche Verbesserung des Zinsergebnisses sowie des neutralen Ergebnisses gekennzeichnet.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Konzern stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Umsatzerlöse des Konzerns

in Mio. EUR

	2021	2020	Veränderung absolut
Geschäftsfeld Energie	2.095,9	1.977,0	118,9
davon: Systemmarkt	1.417,1	1.342,5	74,6
davon: Endkundenmarkt	549,0	511,5	37,5
Geschäftsfeld Mobilität	123,2	126,1	-2,9
davon: Verkehrserlöse	102,8	107,1	-4,3
Geschäftsfeld Wasser	177,5	173,7	3,8
davon: Trinkwasserversorgung	83,5	81,3	2,2
davon: Abwasserentsorgung	91,6	90,3	1,3
	2.396,6	2.276,8	119,8

Die Umsatzerlöse des LVV-Konzerns sind auch im Geschäftsjahr 2021 wesentlich durch das Geschäftsfeld Energie geprägt, in dem 87,5 % des Gesamtumsatzes des Konzerns erzielt werden.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld **Energie** betreffen im Wesentlichen den Systemmarkt der Stadtwerke für den Handel mit den Commodities Strom und Gas. Der Anstieg der Umsatzerlöse im Systemmarkt ist insbesondere auf den preis- und mengenbedingten Anstieg der Erlöse aus dem Gashandel zurückzuführen, während sich die Erlöse aus dem Stromhandel preisbedingt gegenüber dem Vorjahr vermindert haben.

Im Endkundenmarkt erhöhten sich die Umsatzerlöse aus dem Strom- und Gasvertrieb an die Privat- und Gewerbekunden aufgrund gestiegener Absatzmengen gegenüber dem Vorjahr. Gegenläufig hierzu wirken sich im Endkundenmarkt für Großkunden pandemiebedingt geringe Absatzmengen und Umsatzerlöse aus. In der Fernwärme sind dagegen witterungsbedingt steigende Absatzmengen und damit höhere Umsatzerlöse zu verzeichnen. Dem stehen allerdings deutlich geringere Umsatzerlöse aus der Vermarktung des im HKW Leipzig Nord erzeugten Stromes aufgrund modernisierungsbedingter Stillstandszeiten gegenüber. Auch die Umsatzerlöse der polnischen Gesellschaften erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr und konnten somit einen stabilen Beitrag zur Ertragslage des Konzerns leisten.

Die in den Umsatzerlösen des Geschäftsfeldes **Mobilität** enthaltenen Verkehrserlöse reduzierten sich abermals pandemiebedingt um 4,3 Mio. EUR auf 102,8 Mio. EUR. Die Linieneinnahme als wesentlicher Teil der Verkehrserlöse lag im Geschäftsjahr mit 84,9 Mio. EUR um 5,0 Mio. EUR unter dem Niveau des Vorjahreszeitraumes und um 18,3 Mio. EUR unter dem des letzten Geschäftsjahres vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Damit unterschreitet die Entwicklung noch das im Wirtschaftsplan unterstellte Pandemieszenario. Während die hohe Zahl an Vertragskunden im Verlauf des Jahres 2020 den Rückgang der Linieneinnahme trotz Einbruch der Fahrgastzahlen gedämpft hat, führte die im Jahr 2021 zu beobachtende zwischenzeitliche Erholung der Fahrgastzahlen aufgrund einer Mehrnutzung des ÖPNV durch Vertragskunden zu keinem entsprechenden Zuwachs der Einnahmen.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld **Wasser** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 3,8 Mio. EUR beziehungsweise 2,2 %. Die Veränderung der Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr ist bei konstanten Preisen im Tarifkundenbereich durch verschiedene, teilweise gegenläufige Entwicklungen im Verbrauchsverhalten der einzelnen Kundengruppen beeinflusst. Für den absoluten Anstieg der Umsatzerlöse ist im Wesentlichen die Veränderung der Rückstellung für Umsatzrisiken ursächlich. Die im Geschäftsjahr 2021 bereitgestellte Menge an Trinkwasser liegt mit 36,9 Mio. m³ unter dem Vorjahreswert (Vj.: 37,9 Mio. m³). Der Trinkwasserabsatz ging um 0,6 Mio. m³ auf 32,5 Mio. m³ zurück. Während der Trinkwassergebrauch der Haushalte gegenüber dem Vorjahr anstieg, ging er bei der Kundengruppe Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sowie den sonstigen Verbrauchern zurück. Der Schmutzwasserabsatz folgt in Teilen der

Entwicklung des Trinkwasserabsatzes, soweit Ver- und Entsorgungsgebiet übereinstimmen. Aus der Netto-Zuführung zum Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse für Wiederbeschaffungszeitwerte wurden Umsatzminderungen von 5,8 Mio. EUR erfasst.

Die Materialaufwendungen des Konzerns sind maßgeblich durch den Energiehandel geprägt. Die Bezugsaufwendungen insgesamt haben sich im Vergleich zu den Umsatzerlösen deutlich stärker erhöht, sodass sich die Rohmarge im Konzern um 14,2 Mio. EUR vermindert hat. Darüber hinaus sind die Materialaufwendungen durch die Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen zur Instandhaltung der Versorgungsanlagen und -netze beeinflusst.

Die Personalaufwendungen des Konzerns steigen im Vorjahresvergleich um 8,5 Mio. EUR. Neben einer höheren Mitarbeiterzahl resultiert diese Entwicklung insbesondere aus tarifvertraglich bedingten Lohn- und Gehaltsanpassungen.

Der Anstieg der Abschreibungen ist auf weitere Investitionen ins Anlagevermögen zurückzuführen. Dabei übersteigen die Neuinvestitionen in das Anlagevermögen der Konzernunternehmen die Abschreibungen des Geschäftsjahres 2021 deutlich.

Unter Berücksichtigung gesunkener übriger betrieblicher Aufwendungen ergibt sich ein Betriebsergebnis aus der operativen Tätigkeit des Konzerns von 22,1 Mio. EUR, das gegenüber dem Vorjahr um 16,0 Mio. EUR zurückgegangen ist. Trotz Verbesserung der übrigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen ist der Rückgang des Betriebsergebnisses durch eine geringere Rohmarge sowie durch einen Anstieg der Personalaufwendungen und Abschreibungen verursacht.

In der Entwicklung des Beteiligungsergebnisses spiegeln sich die Ergebnisse der nicht in den Konzernabschluss einbezogenen verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wider. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist auf die erstmalige Ausschüttung der KBL Kabelbau Leipzig GmbH, Leipzig, zurückzuführen.

Das Zinsergebnis (bereinigt um neutrale Effekte) verbessert sich deutlich im Vergleich zum Vorjahr. Diese Verbesserung ist maßgeblich durch den Entfall der Zinsaufwendungen für ein vormals der LVV zur Verfügung gestelltes Gesellschafterdarlehen der Stadt Leipzig beeinflusst, das zum Ende des Vorjahres in Eigenkapital umgewandelt wurde.

Auch im Geschäftsjahr 2021 ist das Konzernergebnis neben Einflussfaktoren im operativen Bereich maßgeblich durch Sondereffekte geprägt. Ertragsseitig wird das neutrale Ergebnis vorwiegend durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (42,8 Mio. EUR), Zuschreibungen zum Anlagevermögen (5,2 Mio. EUR) sowie Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen und dem Eingang ausgebuchter Forderungen (3,5 Mio. EUR) beeinflusst. Aufwandsseitig spiegeln sich vor allem Aufwendungen aus Wertberichtigungen (8,0 Mio. EUR), Aufwendungen für periodenfremden Energiebezug (3,3 Mio. EUR), Zuführungen zu Rückstellungen für drohende Verluste (2,6 Mio. EUR) sowie Aufwendungen für Schadensfälle (2,3 Mio. EUR) wider. Darüber hinaus wurden außerplanmäßige Abschreibungen von 1,0 Mio. EUR vorgenommen.

Unter Berücksichtigung vorgenannter Ergebnisentwicklungen sowie des Steueraufwandes, der die geleisteten Steuervorauszahlungen und Zuführungen zu den Steuerrückstellungen für das Geschäftsjahr 2021 sowie die Mehrbelastungen aus steuerlichen Außenprüfungen für Vorjahre enthält, ergibt sich für das Geschäftsjahr 2021 ein Konzernjahresüberschuss von 40,8 Mio. EUR nach 18,0 Mio. EUR im Vorjahr.

Nach Verrechnung der den anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisse, des hohen aus Vorjahren übernommenen Konzernverlustvortrages sowie der Einstellungen in Gewinnrücklagen ergibt sich ein Konzernbilanzverlust von 113,1 Mio. EUR.

2.4 Finanzlage

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes und die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der nachfolgend zusammengefassten Kapitalflussrechnung dargestellt. Eine weitere Aufgliederung der Zahlungsströme ist aus der als Anlage beigefügten Konzernkapitalflussrechnung ersichtlich.

Finanzlage			
	2021	2020	Veränderung absolut
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	113,1	128,3	-15,2
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-314,5	-281,8	-32,7
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	126,6	182,9	-56,3
Veränderungen des Finanzmittelbestands	-74,8	29,4	-104,2
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	121,1	91,3	29,8
Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-0,7	0,4	-1,1
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	45,6	121,1	-75,5

in Mio. EUR

Im Geschäftsjahr 2021 erwirtschaftet der Konzern einen Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 113,1 Mio. EUR. Infolge der Inanspruchnahme von Rückstellungen sowie der Zunahme nicht zahlungswirksamer Vorgänge und konsolidierungskreisbedingter Änderungen liegt dieser mit 15,2 Mio. EUR unter dem Niveau des Vorjahres.

Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit zeigt für das Geschäftsjahr 2021 einen Finanzmittelabfluss von insgesamt 314,5 Mio. EUR und damit 32,7 Mio. EUR mehr als im Vorjahr. Hier wirkt sich insbesondere der starke Anstieg der Auszahlungen für Investitionen des Konzerns ins Anlagevermögen aus.

Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit ist aufgrund der gestiegenen Investitionen im Konzern durch einen Mittelzufluss von insgesamt 126,6 Mio. EUR gekennzeichnet. Mittelzuflüsse aus der Aufnahme von Darlehen und Namensschuldverschreibungen (154,6 Mio. EUR) stehen Mittelabflüsse aus der Tilgung (80,6 Mio. EUR), Zinszahlungen (15,1 Mio. EUR) sowie Ausschüttungen an außerhalb des Konzernkreises stehende Gesellschafter (6,2 Mio. EUR) gegenüber. Darüber hinaus stärken erhaltene Zuschüsse (73,9 Mio. EUR) die Finanzierungskraft des Konzerns.

Die Mittelabflüsse des Konzerns aus der Investitionstätigkeit, aus der Tilgung von Darlehen, aus Zinszahlungen sowie aus vorgenommenen Ausschüttungen an die außerhalb des Konzernkreises stehenden Gesellschafter konnten damit nur anteilig aus dem Cash Flow der laufenden Geschäftstätigkeit, aus der Aufnahme von Darlehen sowie aus der Einzahlung von Zuschüssen gedeckt werden. Die darüber hinaus benötigten Mittel haben den aus dem Vorjahr übernommenen Finanzmittelbestand des Konzerns stichtagsbedingt um 75,5 Mio. EUR vermindert.

Die Liquidität des Konzerns war jederzeit sichergestellt. Um die Kreditwürdigkeit und damit die Finanzierungsfähigkeit dauerhaft zu sichern, ist mit den Kreditgebern für die dynamische Verschuldung ein Faktor von 4,5 als Obergrenze vereinbart und für die Eigenmittel eine Mindestquote von 25,0 % der bereinigten Bilanzsumme bestimmt. Beide Kennzahlen werden im Geschäftsjahr 2021 eingehalten.

2.5 Vermögenslage

Vermögenslage

	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	absolut
Aktiva					
Langfristige Vermögenswerte					
Anlagevermögen	2.668,6	86,6	2.482,0	87,2	186,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,9	0,0	0,8	0,0	0,1
	2.669,5	86,6	2.482,8	87,2	186,7
Kurzfristige Vermögenswerte					
Vorräte	39,0	1,3	29,8	1,0	9,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	318,0	10,3	186,1	6,6	131,9
Liquide Mittel	45,6	1,5	146,1	5,1	-100,5
	402,6	13,1	362,0	12,7	40,6
Rechnungsabgrenzungsposten	9,2	0,3	2,5	0,1	6,7
Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	0,1	0,0	0,2	0,0	-0,1
	3.081,4	100,0	2.847,5	100,0	233,9
Passiva					
Eigenkapital	804,8	26,1	769,3	27,0	35,5
Sonderposten	786,5	25,5	752,6	26,4	33,9
Mittel- bis langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten					
Rückstellungen	104,8	3,4	132,1	4,6	-27,3
Verbindlichkeiten	916,6	29,7	810,6	28,5	106,0
	1.021,4	33,1	942,7	33,1	78,7
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten					
Rückstellungen	150,1	4,9	132,5	4,7	17,6
Verbindlichkeiten	309,4	10,1	238,3	8,4	71,1
	459,5	15,0	370,8	13,1	88,7
Rechnungsabgrenzungsposten	9,1	0,3	11,7	0,4	-2,6
Passive latente Steuern	0,1	0,0	0,4	0,0	-0,3
	3.081,4	100,0	2.847,5	100,0	233,9

Die Vermögens- und Kapitalstruktur des Konzerns ist im Vergleich zum Vorjahr durch einen Anstieg der Bilanzsumme um 233,9 Mio. EUR gekennzeichnet. Auf der Aktivseite spiegelt sich diese Entwicklung insbesondere in einer deutlichen Erhöhung des Anlagevermögens und der kurzfristigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen wider, dem ein Rückgang der liquiden Mittel gegenübersteht.

Der LVV-Konzern weist eine sehr hohe Anlagenintensität auf. So entfallen 86,6 % (Vj.: 87,2 %) der Bilanzsumme von 3.081,4 Mio. EUR auf das Anlagevermögen, welches zu 97,9 % (Vj.: 99,3 %) mittel- und langfristig – insbesondere durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen – finanziert ist.

Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit lagen auch im Geschäftsjahr 2021 im weiteren Ausbau der Versorgungs- und Verkehrsanlagen.

Der Anstieg der kurzfristigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände ist neben den gestiegenen Forderungen aus Energiehandel insbesondere auf höhere Forderungen aus der Verbrauchsabgrenzung an Endkunden mit rollierender Verbrauchsablesung zurückzuführen. Dabei stehen der stichtagsbedingt gestiegenen Verbrauchsabgrenzung für Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen nicht in gleichem Maße gestiegene Abschlagszahlungen gegenüber. Darüber hinaus war ein Anstieg bei den sonstigen Vermögensgegenständen gegenüber dem Vorjahr insbesondere aufgrund von marktpreisbedingt höheren Ansprüchen aus Variation- und Initial-Marginzahlungen zu verzeichnen.

Die liquiden Mittel verringerten sich hingegen um 100,5 Mio. EUR aufgrund der Nutzung der verfügbaren Liquidität für Investitionen der Unternehmensgruppe sowie der Rückführung von Kreditlinien und Darlehen. Zur Optimierung der Liquiditätskosten, insbesondere zur Vermeidung von Verwarentgelten, wurde der Liquiditätssaldo bewusst auf ein wirtschaftlich vertretbares Maß reduziert.

Auf der Passivseite ist die Entwicklung der Bilanzstruktur insbesondere durch eine Erhöhung des Eigenkapitals, der Sonderposten sowie der Verbindlichkeiten geprägt, der ein Rückgang der Rückstellungen gegenübersteht.

Das Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 35,5 Mio. EUR. Zur Verbesserung trug insbesondere das positive Konzernjahresergebnis des Geschäftsjahres 2021 (40,8 Mio. EUR) bei. Der Anteil des Eigenkapitals an der gestiegenen Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte auf 26,1 % zurückgegangen.

Die in den Sonderposten erfassten Investitionszuschüsse und Fördermittel stellen einen wesentlichen Baustein der Finanzierungsfähigkeit der Investitionen des Konzerns dar. Der Anteil der verwendeten Fördermittel liegt weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Der Anstieg der Sonderposten im Vorjahresvergleich ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Zugänge des Geschäftsjahres die planmäßigen ertragswirksamen Auflösungen übersteigen.

Die Verminderung der langfristigen Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die Auflösung beziehungsweise Inanspruchnahme der Rückstellungen für drohende Verluste der Biomassekraftwerke, der Steuer-rückstellungen und der Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen. Dem steht nicht in gleichem Maße eine Erhöhung der kurzfristigen Rückstellungen gegenüber, die unter anderem für ungewisse Verbindlichkeiten und ausstehende Rechnungen sowie für Rückgabeverpflichtungen für Emissionszertifikate gebildet oder weiter dotiert wurden.

Die Verbindlichkeiten des Konzerns erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 177,1 Mio. EUR. Neben einem stichtagsbedingten Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist diese Entwicklung durch eine Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten infolge der weiteren Aufnahme von Fremdmitteln für Investitionen des Konzerns beeinflusst. Die Nettogesamtverschuldung – einschließlich der in den sonstigen Verbindlichkeiten enthaltenen Namensschuldverschreibungen/Schuldscheindarlehen institutioneller Investoren – steigt auf 910,7 Mio. EUR (Vj.: 748,1 Mio. EUR) an.

Darüber hinaus haben sich die Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten aus dem Energiebezug und den Investitionen in Straßenbahnen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten aus den marktpreisbedingt gestiegenen Verpflichtungen aus Variation Margins erhöht.

2.6 Investitionen

Der LVV-Konzern hat im Geschäftsjahr 2021 insgesamt 330,9 Mio. EUR (Vj.: 292,4 Mio. EUR) in das Anlagevermögen und damit 13,2 % mehr als im Vorjahr investiert. Das in der Wirtschaftsplanung für 2021 vorgesehene Investitionsvolumen konnte jedoch nicht vollständig umgesetzt werden, was insbesondere auf Verzögerungen in der Investitionsdurchführung oder -abrechnung, durch Verschiebungen von Investitionsmaßnahmen ins Folgejahr und die Auswirkungen der Corona-Pandemie zurückzuführen ist.

Von den Investitionen des Jahres 2021 entfallen 164,4 Mio. EUR (Vj.: 129,1 Mio. EUR) auf das Geschäftsfeld **Energie**, in das vor allem Investitionen in den Neubau des HKW Leipzig Süd, in den Erwerb des BMHKW Bischofferode zur Beendigung des Leasingvertrages, in die Modernisierung des HKW Leipzig Nord, in Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen für das Strom-, Gas- und Fernwärmenetz sowie in dezentrale Erzeugungsanlagen vorgenommen wurden. Zudem erhöhte sich das Finanzanlagevermögen im Energiebereich hauptsächlich durch Zugänge bei Beteiligungsgesellschaften aus dem Bereich der erneuerbaren Energien. Die konsolidierten polnischen Tochterunternehmen aus der GPEC-Gruppe investierten insbesondere in die Erweiterung des Wärmenetzes, in die Errichtung einer KWK-Anlage sowie in Hausanschlussstationen.

Im Geschäftsfeld **Mobilität** wurden im Geschäftsjahr 2021 Investitionen in einem Wertumfang von 93,7 Mio. EUR (Vj.: 98,1 Mio. EUR) durchgeführt. Schwerpunkte bildeten hierbei die Beschaffung weiterer Straßenbahnfahrzeuge des Typs „XL“ sowie moderner Elektrobusse, die Bauvorhaben Abstellanlage Heiterblick und E-Bus-Port Lindenau sowie die Fortführung des Erneuerungsprogramms für die Gleisinfrastruktur. Der Freistaat Sachsen unterstützt die Investitionen wieder mit der Bereitstellung von Fördermitteln.

Das Investitionsvolumen einschließlich der unentgeltlichen Übertragung technischer Anlagen im Geschäftsfeld **Wasser** belief sich im Geschäftsjahr 2021 auf insgesamt 72,8 Mio. EUR (Vj.: 65,2 Mio. EUR). Davon entfallen 26,1 Mio. EUR auf die Sparte Trinkwasser, 44,2 Mio. EUR auf die Sparte Abwasser sowie 2,5 Mio. EUR auf sonstige Investitionen. In die Trink- und Abwassernetze einschließlich Erschließungen wurden 60,1 Mio. EUR sowie 9,8 Mio. EUR in Wasserwerke und 2,9 Mio. EUR in den übrigen Bereich investiert.

2.7 Mitarbeiter und Beschäftigtenpolitik

Im LVV-Konzern waren im Geschäftsjahr 2021 durchschnittlich 4.970 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vj.: 4.950 Mitarbeiter) beschäftigt. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die planmäßige Umsetzung der Personalkonzepte in den Unternehmen der Leipziger Gruppe zurückzuführen. Mit fast 30 Ausbildungsberufen und dualen Studiengängen wird ein aussichtsreicher Start ins Berufsleben angeboten, eine Möglichkeit, die im Jahr 2021 von 68 neuen Auszubildenden genutzt wurde.

Die Unternehmensgruppe wird als attraktiver und krisensicherer Arbeitgeber in der Region wahrgenommen. Dies ist eine wichtige Basis, um die steigenden Herausforderungen in der Rekrutierung von Fachkräften – vor allem in hochspezialisierten Berufsgruppen – fortlaufend zu meistern. Dabei wird auf eine fokussierte und zukunftsfähige Personalarbeit gesetzt. Der Prozess und die Instrumente der strategischen Personalplanung werden dabei stetig und bedarfsorientiert weiterentwickelt.

Der Außenauftritt „#Team Leipziger“ wurde weiter ausgebaut mit der Grundbotschaft: Energie, Mobilität oder Wasser – alle Unternehmen der Leipziger Gruppe vereint, sodass sie die Stadt und die Region vorantreiben. Vom Anlagenmonteur bis zum Busfahrer oder Rettungsschwimmer zählt jede Unterstützung. Berufs- oder Quereinsteiger finden in einer großen Unternehmensfamilie wie der Leipziger Gruppe ebenso ihren Platz wie erfahrene Professionals. Darüber hinaus bietet „#TeamLeipziger“ Jobs mit Sinn, Sicherheit und vielen weiteren Vorteilen.

Eine zentrale Aufgabe stellt auch im Jahr 2021 der Umgang mit der epidemiologischen Lage dar. Als Unternehmen der versorgungskritischen Infrastruktur und Daseinsvorsorge besonders gefordert, wird durch eine strukturierte Krisenbewältigung auf die wechselnden Rahmenbedingungen mit gezielten Maßnahmen reagiert. Vielfältige Arbeitgeberangebote unterstützten die Mitarbeitenden dabei, den beruflichen und privaten Anforderungen zu begegnen. Darunter zählen unter anderem Optionen der Arbeitszeitgestaltung sowie niedrigschwellige Impfangebote, bei denen eine Vielzahl von Mitarbeitenden geimpft werden konnten. Darüber hinaus wurden die Voraussetzungen für mobile Arbeit weiter ausgebaut, um Prozesse und Termine so weit wie möglich auf digitalem Weg durchführen zu können.

Die Leipziger Gruppe arbeitet daran, ihre Unternehmen für die Zukunft auszurichten. Dieser Fokus in Richtung Zukunft zeigt sich auch darin, wie wertschätzend wir mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen und die Leipziger Gruppe weiterhin zu einem der attraktivsten Arbeitgeber der Region entwickeln.

Zum 1. Januar 2021 ist der Zukunftstarifvertrag (ZTV) der Leipziger Gruppe in Kraft getreten. Ziel des Vertrages ist es, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Leipziger Gruppe zu unterstützen, indem ihnen entsprechende Voraussetzungen zur Potenzialentfaltung unter Beachtung ihrer individuellen Fähigkeiten zur Verfügung gestellt werden, um den sich ständig verändernden Herausforderungen entsprechend gewachsen zu sein. Vorhandenes Wissen und Arbeitserfahrung sollen durch einen systematischen Transfer zur Absicherung der Geschäftstätigkeit erhalten und verfügbar gemacht werden. Ziel ist es außerdem, dass die Leipziger Gruppe eine Atmosphäre des lebenslangen und generationsübergreifenden Lernens schafft und die Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit fördert.

Chancengleichheit bleibt auch im Jahr 2021 ein Erfolgsfaktor, dessen Weiterentwicklung ebenfalls im ZTV verankert wurde. In 2021 ist die gesamte Leipziger Gruppe der Charta der Vielfalt beigetreten. Sie ist dazu bereits mit Themen in der Öffentlichkeit sichtbar (#CSD, #TeamLeipziger, Inklusion, #lassdichnichtaufhalten) und wird diese mit weiteren Inhalten untersetzen.

3 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

3.1 Risikobericht

3.1.1 Risikomanagementsystem

Das von der LVV konzernweit betriebene Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil der Geschäftssteuerung. Wesentliche Risiken der LVV und ihrer Tochterunternehmen werden regelmäßig erfasst, bewertet und an die Geschäftsführung sowie den Aufsichtsrat berichtet. Es zielt darauf ab, die Geschäftsführung in die Lage zu versetzen, Risiken, die den Fortbestand oder das wirtschaftliche Ergebnis der LVV und des LVV-Konzerns gefährden können, zu identifizieren und, soweit möglich, frühzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Das Risikomanagement ist als kontinuierlicher Prozess in die geschäftlichen Abläufe des Konzerns integriert und besteht aus einer Vielzahl von Bausteinen, die in die Aufbau- und Ablauforganisation des Konzerns eingebettet sind. Die direkte Verantwortung zur Früherkennung, Analyse, Steuerung und Kommunikation liegt für Risiken der LVV bei der Geschäftsführung, für Risiken der Tochterunternehmen bei der jeweiligen Geschäftsführung der Unternehmen. Zum rechtzeitigen Erkennen und Einschätzen von Risiken und gegebenenfalls Einleiten von Gegenmaßnahmen stützen sich die Geschäftsführungen in ihren Entscheidungen auf eine umfassende Beratung durch eigene kompetente Fachkräfte.

Im Rahmen des bestehenden Risikomanagements sind nach Art und Umfang potenziell bestandsgefährdende Risiken identifiziert, analysiert sowie bewertet und in Form eines Risikoportfolios inventarisiert. Den relevanten Risiken sind Frühwarnindikatoren, Eintrittswahrscheinlichkeiten, potenzielle Schadenshöhen, Schwellenwerte sowie Gegenmaßnahmen zugeordnet. Im hierauf aufbauenden Reporting werden kontinuierlich Veränderungen von Einzelrisiken des Risikoinventars der LVV und wesentliche Risiken der Tochterunternehmen in aggregierter Form erfasst, bewertet und berichtet. Darüber hinaus existiert konzernweit ein Ad-hoc-Meldesystem auf Basis festgelegter Schwellenwerte, das ein frühzeitiges Erkennen von Veränderungen im Risikoportfolio gewährleistet. Das Risikoportfolio wird regelmäßig aktualisiert und überprüft. Über die für den Gesamtkonzern zusammengefassten Risiken wird quartalsweise in den Sitzungen des Aufsichtsrates der LVV in standardisierter Form berichtet.

Mit dem implementierten Risikomanagementsystem werden die Anforderungen entsprechend § 91 Abs. 2 AktG erfüllt. Es ist geeignet, bestandsgefährdende Risiken beziehungsweise die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Risiken frühzeitig zu erkennen, um diese effektiv zu steuern. Die Wirksamkeit des Risikofrüherkennungssystems wird entsprechend den gesetzlichen Anforderungen regelmäßig durch die interne Revision überprüft.

Die Unternehmensgruppe ist unmittelbar vielfältigen Risiken ausgesetzt, die sich aus der Änderung rechtlicher, wirtschaftlicher sowie politischer Rahmenvorgaben ergeben. Neben Finanzrisiken und steuerlichen Risiken beeinflussen mittelbar die – zum großen Teil operativen – Risiken der Tochterunternehmen auch das Ergebnis des Konzerns.

3.1.2 Finanzierungsrisiken

Der LVV-Konzern unterliegt im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit Finanzierungsrisiken, die durch den Einsatz geeigneter Management- und Kontrollsysteme begrenzt werden.

Liquiditätsrisiken: Die LVV als Cash-Pool-Führer steuert die Konzernliquidität über eine monatlich rollierende Liquiditätsplanung für die jeweils nächsten zwölf Monate. In diesen Prozess sind grundsätzlich alle deutschen Konzerngesellschaften einbezogen, welche in das Pooling-Verfahren eingebunden sind. Aus der Liquiditätsplanung werden bei Notwendigkeit Finanzierungsmaßnahmen abgeleitet, um Liquiditätsrisiken entgegenzuwirken. Sofern sich ein zukünftiger Liquiditätsbedarf ergibt, der über die freien Kreditlinien hinausgeht, wird dieser durch die LVV am Kapitalmarkt gedeckt. Die LVV verfügte zum 31. Dezember 2021 über ungenutzte Kreditlinien von 80,0 Mio. EUR für den Cash Pool sowie weitere ungenutzte Back-up-Kreditlinien von 30,0 Mio. EUR.

Langfristige Finanzierungsfähigkeit: Der LVV steht zur Finanzierung ein breites Produktspektrum zur Deckung des Finanzierungsbedarfs an den Kapitalmärkten zur Verfügung. Ziel der Konzernfinanzierung ist dabei, die Zahlungsfähigkeit des Konzerns sicherzustellen und die Beteiligungsunternehmen mit Liquidität zu versorgen. Neben der Diversifikation bei den Instrumenten und Kontrahenten wird auch auf eine ausgeglichene Fälligkeitsstruktur geachtet.

Marktrisiko der Finanzierung: Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte insbesondere infolge von geopolitischen Unsicherheiten können bei Neukreditaufnahmen zu Risiken in Bezug auf platzierbare Volumina, Konditionen und erzielbare Laufzeiten führen.

Für 2022 erwarten wir mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen der Märkte – insbesondere der Energiemärkte – sowie des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der weiteren möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auch bei den Finanzierungspartnern des LVV-Konzerns dämpfende Effekte. Dies kann sich zum Beispiel in steigenden Risikokosten bei der Bepreisung, einer Reduktion der platzierbaren Volumina bei einzelnen Finanzierungspartnern und der rückläufigen Bereitschaft, lange und sehr lange Laufzeiten zu kontrahieren, zeigen.

Bonitätsrisiko LVV-Konzern: Daneben beeinflusst insbesondere die Bonität des LVV-Konzerns die Fähigkeit, auch in Zukunft geplante Kredite mit einer in der Planung unterstellten Kreditmarge für eine Bonität im Investment Grade aufzunehmen. Hierzu führt die Konzernfinanzierung regelmäßig Gespräche mit ihren Kreditgebern, aber auch mit externen Partnern, um deren Ratingeinschätzung zu kennen beziehungsweise zu verstehen und so zeitnah Signale über eine mögliche Verschlechterung zu erhalten und entsprechend reagieren zu können. Ein sehr wichtiges quantitatives Indiz für die Konzernbonität bilden die Finanzkennzahlen. Die LVV hat mit dem Abschluss von unbesicherten mittel- und langfristigen Darlehensverträgen standardisierte Financial Covenants vereinbart, welche vordefinierte Finanzrelationen wie Verschuldungsgrad und Eigenmittelquote enthalten. Zur Sicherstellung der zukünftigen Kreditwürdigkeit stellt die Einhaltung der Financial Covenants eine wichtige Zielgröße für die Wirtschaftsplanung und Steuerung des LVV-Konzerns dar. Die mögliche Fremdmittelaufnahme richtet sich an dieser Zielgröße aus.

Zins-, Währungs- und Preisrisiken: Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken sowie zur Optimierung von Kreditkonditionen können Zins- und Devisenderivate abgeschlossen werden. Ihr Einsatz ist hinsichtlich Art, Umfang, Geschäftspartnern und weiteren Bedingungen durch das Handbuch „Konzernfinanzierung“ und entsprechende Regularien bezüglich der Gremieneinbindung der LVV geregelt.

Das Finanzierungsportfolio der LVV ist überwiegend durch Fremdmittel geprägt, die auf festverzinslicher Basis vereinbart wurden und somit keinem Zinsänderungsrisiko unterliegen. Auf Ebene des LVV-Konzerns bestehen in vertretbarem Umfang außerbilanzielle Verpflichtungen sowie in den ausländischen Tochterunternehmen variabel verzinsliche Bankverbindlichkeiten, die nicht gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert sind. Dem Zinsänderungsrisiko wird durch kontinuierliche Beobachtung der Zinsentwicklung und aktives Cash Management begegnet.

Wechselkursrisiken, die die jährliche Dividendenzahlung der GPEC implizieren, wird mit kontinuierlicher Beobachtung der Kursentwicklung zwischen Euro und Złoty begegnet. Sind Wert und Zeitpunkt der Ausschüttung bekannt, findet grundsätzlich die Absicherung mittels eines Devisentermingeschäftes statt.

Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Futures.

Ausfallrisiken Vertragspartner: Ausfallrisiken bestehen gegenüber den Kontrahenten, insbesondere bei Einlagen. Gegen diese Risiken sichert sich der LVV-Konzern durch Diversifizierung sowie aktive Bonitätsüberwachung der Kontrahenten im Rahmen des laufenden Risikomanagements ab.

Der LVV-Konzern ist einem/einer finanzwirtschaftlichen Risiko/Chance im Zusammenhang mit Sicherheitsleistungen (Marginzahlungen) ausgesetzt, die aus Handelsgeschäften an Börsen resultieren. Die Größenordnung und Richtung der Marginzahlungen hängt vom Umfang der Positionen in den vom Margining betroffenen Handelskanälen sowie von Marktpreisentwicklungen ab.

3.1.3 Steuerliche Risiken

Neben der Berechnung der voraussichtlichen Steuerbelastungen für das Geschäftsjahr 2021 wurden alle bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses bekannten Feststellungen der steuerlichen Außenprüfungen und die sich hieraus ergebenden Risiken im Rahmen der Hochrechnung zum 31. Dezember 2021 berücksichtigt. Weitere steuerliche Risiken im Zusammenhang mit möglichen Effekten auf die laufende oder latente Steuerbelastung können sich aus laufenden oder zukünftigen Betriebsprüfungen, Gesetzesänderungen und der Rechtsprechung der Finanzgerichte ergeben.

Der steuerliche Querverbund ist auch nach der Einstellung des Verfahrens über den Beihilfecharakter des steuerlichen Querverbundes beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) und dem Bundesfinanzhof (BFH) immer wieder Gegenstand der Rechtsprechung, wodurch diese steuerliche Begünstigung weiterhin risikobehaftet bleibt. Zuletzt hat sich der BFH mit Urteil vom 15. Juli 2020 (Az. I R 55/17, am 4. März 2021 veröffentlicht) geäußert und seine kritische Haltung erneuert. Weitere Verfahren sind aktuell noch anhängig.

Für die ausländischen Tochtergesellschaften liegen im Berichtszeitraum keine wesentlichen Steuerrisiken vor, welche eine zusätzliche Rückstellung über die bereits abgebildeten Steuerrückstellungen erforderlich machen würden.

Damit sind alle derzeit erkennbaren steuerlichen Risiken im Konzernabschluss abgebildet. Um weitere Risiken im steuerlichen Bereich zu reduzieren, wird die Entwicklung der Steuergesetzgebung und -rechtsprechung fortlaufend und umfassend überwacht.

3.1.4 Operative Risiken

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung des LVV-Konzerns könnten sich aus Änderungen und Umsetzungsregelungen des EU-Rechts, der nationalen Gesetzgebung und aktuellen Rechtsprechung im Energie-, Wasser-/Abwasser- und Verkehrsbereich ergeben. Weiterhin wird der LVV-Konzern durch die sich auf Ebene der Tochterunternehmen ergebenden branchenspezifischen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Insbesondere aufgrund der zunehmenden Veränderungsgeschwindigkeit und der häufigen Richtungswechsel im rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld wird der Beobachtung des rechtlich-politischen Umfeldes durch den LVV-Konzern besondere Bedeutung beigemessen.

Das dynamischen Pandemiegeschehen und die damit einhergehenden temporären Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben insbesondere im Mobilitätsbereich einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung. Erheblichen Fahrgastrückgängen und dazugehörigen Einnahmeverlusten kommt hier eine besondere Bedeutung zu. In den weiteren Geschäftsbereichen des LVV-Konzerns sind coronabedingte Auswirkungen auf Lieferketten, Forderungsausfälle aus Energie- und Wasserlieferungen, Ausfälle von Mitarbeitern sowie der Verzug von Baumaßnahmen und größeren Projekten möglich.

Aufgrund des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der damit im Zusammenhang stehenden umfangreichen wirtschaftlichen Sanktionen und Einschränkungen sowie entsprechender Auswirkungen an den Finanz- und Handelsmärkten muss für die gesamte Unternehmensgruppe mit einer deutlichen Verteuerung der Energieträger sowie mit erheblichen Kostensteigerungen und Lieferengpässen für viele Rohstoffe, Waren und Dienstleistungen und mit einer weiter steigenden Inflation gerechnet werden.

Nach Einschätzung der aktuellen Risikosituation werden im Geschäftsfeld **Energie** insbesondere Risiken aus dem regulatorischen, branchenspezifischen und finanzwirtschaftlichen Umfeld erwartet. Regulatorische Risiken werden in den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes EnWG, den Verordnungen, insbesondere der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) und den Netzentgeltverordnungen, den Festlegungen und Bescheiden der Regulierungsbehörden sowie den daraus resultierenden Absenkungspfaden der Erlösobergrenzen für Netzentgelte gesehen. Im energiepolitischen Umfeld können sich insbesondere aus tendenziell kurzfristigen Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen leistungswirtschaftliche Risiken ergeben. Zudem bestehen, neben den Betriebsrisiken der Erzeugungs- und Netzanlagen sowie der IT-Systeme, marktbedingte Preis- und Absatzrisiken sowie vertriebsseitige Forderungsrisiken, wenn Kunden ihren Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgemäß nachkommen. Diesen Risiken wird unter anderen durch regelmäßige Instandhaltungen, eine aktive Vertriebspolitik, differenzierte Produkte und Dienstleistungen, eine absatzorientierte Beschaffung, kundenindividuelle Bonitätsprüfungen und ein stringentes Forderungsmanagement begegnet.

Im Systemmarkt bestehen aus der Volatilität der Marktpreise Risiken aus Handelsgeschäften. Die deutlich gestiegenen Marktpreise führen zu einem signifikanten Anstieg der Volatilität aus den an der Börse zu hinterlegenden Sicherheitsleistungen für abgeschlossene Kauf- und Verkaufsgeschäfte und zu einem daraus resultierenden kurzfristigen Liquiditätsfluss, zu dessen Deckung auch Ressourcen aus der Einbindung der Tochtergesellschaften in den Cash Pool zur Verfügung stehen. Im Endkundenmarkt begegnet die Gesellschaft den Risiken aus gestiegenen Beschaffungskosten mit einer absatzorientierten Beschaffung und einer variablen Absatzpreisgestaltung. Die aktuelle Entwicklung des Konfliktes in der Ukraine verstärkt das Risiko von weiterhin steigenden Energiepreisen. Die weitere Preisentwicklung und auch die Versorgungslage in Deutschland werden maßgeblich durch die Aufrechterhaltung der Gasversorgung von Russland beeinflusst werden.

Die Polnische Regulierungsbehörde (URE) sorgt einerseits durch ihre Regulierungsvorgaben für Rahmenbedingungen zur gesicherten Wärmeversorgung polnischer Kunden, andererseits resultieren aus den Tarifvorgaben Einschränkungen für die Preisgestaltung der polnischen Energieunternehmen. Die GPEC beobachtet intensiv diese Entwicklungen. Weiteren möglichen Risiken auf der Versorgungsseite wird durch eine enge Zusammenarbeit und den laufenden Austausch mit dem Wärmelieferanten begegnet.

Neben den möglichen weiteren Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Einnahmeentwicklung werden im Geschäftsfeld **Mobilität** insbesondere Risiken aus geringeren Fördermittelzusagen, der Nichtdurchsetzbarkeit der Preisstrategie, aus der Entwicklung von Löhnen und Gehältern und der verfügbaren Personalkapazitäten sowie aus der Sicherstellung der Finanzierung und Liquiditätsausstattung gesehen.

Absehbar führen die derzeitigen angebots- und preispolitischen Zielsetzungen aus der Betrauung durch die Aufgabenträger auch zu Finanzierungsbedarfen für steigende Betriebskosten. Ein weiterer Anstieg der Betriebskosten und damit des Finanzierungsbedarfs droht insbesondere aus der Verteuerung der Energieträger. Dies zeichnet sich bereits an den zu erwartenden höheren Dieselkraftstoff- und Strombeschaffungskosten für 2022 beziehungsweise 2023 ab.

Im Geschäftsfeld **Wasser** ergeben sich Risiken aus der operativen Tätigkeit, welche insbesondere den technischen Bereich betreffen. Hier spielen Risiken aus der Verzögerung des Baubeginns der Erweiterung des Klärwerks Rosental sowie aus den verschärften Prüfanforderungen der Landesdirektion Sachsen zur Nachweisführung für die Gewährung der Freistellung von der Niederschlagswasserabgabe eine tragende Rolle. Darüber hinaus erhöhten sich die Baupreise um bis zu 10,0 %. Finanzielle Risiken ergeben sich zusätzlich aus Kostensteigerungen für den Energiebezug sowie für viele Rohstoffe, Waren und Dienstleistungen.

Im Hinblick auf die abgeschlossenen CBL-Transaktionen der Verkehrsbetriebe und der Wasserwerke wird ein systematisches Vertragscontrolling durch die Gesellschaften und die Stadt Leipzig durchgeführt. Um mögliche Risiken jederzeit abschätzen zu können, waren auch im Geschäftsjahr 2021 neben internen Überwachungen auf vertraglicher Basis externe Dritte mit der Vertragsüberwachung sowie der rechtlichen Beratung beauftragt. Zur Risikosteuerung und -minimierung finden regelmäßig Reportings statt. Darüber hinaus wird die Einhaltung einzelner Vertragsinhalte im Rahmen von Einzelfallprüfungen sichergestellt.

Neben den Risiken aus Tochterunternehmen ist die LVV auch Beteiligungsrisiken, im Wesentlichen betreffend die Beteiligung an der VNG AG, Leipzig (VNG), ausgesetzt. Die VNG hat im Jahr 2021 ihre Strategie „VNG 2030+“ konsequent weiterverfolgt und ihre Ergebnisbasis weiter diversifiziert. Entlang der Gaswertschöpfungskette konzentriert sich die VNG auf Handel, Vertrieb, Transport, Speicher und Biogas. In diesen etablierten Geschäftsbereichen sieht die Strategie eine stetige Weiterentwicklung des profitablen Bestandsgeschäfts vor. Im Zuge der jetzt anstehenden Transformation der Energiemärkte fokussiert sich die strategische Ausrichtung auf die Entwicklung des dekarbonisierten Geschäfts: Dies beinhaltet neben der digitalen Infrastruktur vor allem ein weiteres substanzielles Wachstum im Geschäftsbereich Biogas. Zudem wird Wasserstoff als klimafreundlicher und zukunftssträchtiger Energieträger in erweiterter Form in der VNG-Strategie verankert. Die Erwartung für zukünftige Dividendenzahlungen an die Gesellschafter bleibt aber mit marktinduzierten Unsicherheiten belastet. Hinzu kommen Risiken im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die mögliche Embargomaßnahmen oder einem Lieferstopp für Erdgaslieferungen aus Russland zur Folge haben können. Bei einem Wegfall dieser Lieferungen wäre die VNG zur Erfüllung ihrer Lieferverpflichtungen zu Ersatzbeschaffungen unter aktuell deutlich schlechteren Bedingungen verpflichtet. Derzeit wird als weiterhin wahrscheinlichstes Szenario die Fortsetzung der Erdgaslieferungen aus Russland angesehen. Um Deutschlands Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen in Zukunft zu reduzieren, wird allerdings der Umfang der Lieferimporte voraussichtlich abnehmen.

Angriffe auf die IT-Infrastruktur (Cyberattacken), die Nichtverfügbarkeit von Systemen sowie die nicht autorisierte Verwendung von Daten gehören mittlerweile zu den am höchsten eingestuften Bedrohungsszenarien im Rahmen des Notfall- und Krisenmanagements. Dies zeigen auch die zahlreichen diesbezüglichen Vorfälle bei Unternehmen in Deutschland und weltweit. Die Strategie der LVV sowie der Unternehmen in der Gruppe im Umgang mit diesen Risiken besteht zum einen in einer fortlaufenden Weiterentwicklung der Sicherheitssysteme, um die Möglichkeiten solcher Angriffe einzuschränken. Für den Erhalt und Ausbau des hohen Standards der IT-Sicherheit werden regelmäßig Sicherheitsanalysen und Notfallübungen sowie Penetrationstests, die die Angreifbarkeit der IT-Systeme von außen überprüfen, durchgeführt. Ein Schwerpunkt liegt zum anderen in der Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Umgang mit derartigen Gefahren.

Die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen kann auch künftig nur in dem Umfang geleistet werden, soweit entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ausreichend eigene Mittel aus der Geschäftstätigkeit der LVV als Mutterunternehmen sowie aus weiteren Maßnahmen innerhalb des LVV-Konzerns zur Verfügung stehen.

Nach unserer Risikoeinschätzung waren keine den Fortbestand der LVV oder ihrer wesentlichen Tochterunternehmen gefährdenden Risiken zu verzeichnen.

3.2 Chancenbericht

Die wachsende Stadt Leipzig und die Gestaltung der urbanen Energie- und Mobilitätswende stellen die Unternehmensgruppe unmittelbar und mittelbar vor enorme Herausforderungen und bieten gleichzeitig wesentliche Chancen für seine Zukunftsentwicklung. Um die Handlungs- und Leistungsfähigkeit langfristig zu sichern, harmonisieren die einzelnen Unternehmen ihre wesentlichen Themen wie Investitionen in die Modernisierung und bedarfsgerechter Ausbau der Infrastruktur, die Digitalisierung der Dienstleistungen, Produkte und Prozesse sowie eine vorausschauende Personalpolitik.

Durch das konzernweite Management der Finanzpositionen und die steuerliche Optimierung des Querverbands werden sich bietende Chancen durch die **LVV** für den gesamten Konzern systematisch analysiert und genutzt.

So liegen Chancen im Aufbau einer regionalen Wasserstoffwirtschaft. Die Leipziger Gruppe treibt die Sektorkopplung und mit Blick auf die gesamte Wertschöpfungskette mehrere Projekte voran, die hinsichtlich Förderkulisse und zunehmender Bedeutung nicht-fossiler Energieträger ein hohes strategisches Potenzial besitzen.

Aus Sicht des Geschäftsfeldes **Energie** bestehen Chancen im regulatorischen, branchenspezifischen sowie leistungs- und finanzwirtschaftlichen Umfeld und in einer günstigen Marktentwicklung.

Im Systemmarkt der Stadtwerke ergeben sich Chancen aus der Digitalisierung und dem Automatisierungsgrad. Markt- und Anlageneinsatzchancen sind im Energiemarktdesign sowie in vertraglichen und regulatorischen Marktentwicklungen zu finden. Durch die weitere Flexibilisierung der Vermarktung und Steuerung des Anlagenparks sowie den Zubau von Fernwärmeerzeugungsanlagen sind mittlere Chancen bei einem steigenden Strom/Gas/CO₂-Spread in der Stromerzeugung vorhanden. Weitere Chancen stellen die beabsichtigte Erweiterung des Portfolios für KWK-Anlagen und erneuerbare Energien dar.

Für die Biomasseanlagen ergeben sich Chancen aus fallenden Holzpreisen sowie eine langfristige Betriebschance durch die Teilnahme an EEG-Ausschreibungen. Bei hohen Strompreisen an den Großhandelsmärkten bestehen darüber hinaus Chancen aus der ungeforderten Direktvermarktung. Bei den Windkraftanlagen bestehen Chancen in einem stärkeren Windaufkommen als geplant. Das witterungsabhängige Wärmebusiness kann unter Berücksichtigung der Temperaturschwankungen gleichermaßen in beide Richtungen beeinflusst werden.

Im Endkundenmarkt der Stadtwerke liegen Chancen in einem stärkeren vertrieblichen Erfolg und einer schnelleren Umsetzung der Projekte beim Kunden sowie in der schnelleren Realisierung von Effizienzpotenzialen.

Die Regulierungsbehörden werden auch künftig das Ziel verfolgen, die Entgelte der Netzbetreiber weiter zu senken. Durch die Entkopplung der zulässigen Erlöse von den tatsächlichen Kosten bestehen Chancen und Risiken hinsichtlich der Erschließung von Effizienzpotenzialen.

Für das Engagement in Polen werden Chancen im weiteren Ausbau der bestehenden Infrastruktur insbesondere zum Anschluss neuer Abnehmer gesehen. Mit der Entwicklung neuer Produkte und Lösungen – beispielsweise die Errichtung intelligenter Wärmenetze und Hausanschlussstationen, der Bau von KWK-Anlagen und Photovoltaik-Parks sowie die Geschäftsfelddiversifizierung um Ingenieur-, Bau- und Entwicklungsprojekte – hat die GPEC-Gruppe die Chance, ihre Marktposition zu stärken.

Neben erfolgten Weichenstellungen für die langfristige Unternehmensentwicklung und damit einhergehend die Weiterentwicklung des ÖPNV in Leipzig liegt der Fokus im Geschäftsfeld **Mobilität** im Jahr 2022 und in den folgenden Jahren insbesondere darauf, mit Auslauf und Ende des Pandemiegeschehens sowie steigenden Kosten im motorisierten Individualverkehr verloren gegangene Kunden zurückzugewinnen. Daneben werden durch gezielte Marketingmaßnahmen sowie durch Angebotserweiterungen und -verbesserungen auch Chancen in der weiteren Fahrgastgewinnung

aufgrund der überdurchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Leipzig gesehen. Auch aus der Entwicklung hin zu nachhaltigerer Lebensweise als Element zur Erreichung der klima- und ordnungspolitischen Ziele ergeben sich Chancen für den ÖPNV.

Mit dem Ausbau bedarfsgesteuerter „on demand“ Systeme ergeben sich Chancen für bessere Produktivität und Ergebnisse. Das gilt insbesondere bei Verknüpfung mit technologischen Lösungen zum automatisierten Fahren.

Die derzeit durch das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR) und das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) erarbeiteten EU-Förderprogramme des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Just Transition Fonds (JTF) eröffnen Förderperspektiven insbesondere für das Projekt „Sächsische Straßenbahn der Zukunft“.

Durch fortlaufende Marktanalysen, ein aktives Engagement im Verkehrsverbund und Branchenverband sowie einen konstruktiven Kontakt mit politischen Entscheidungsträgern wird Mobilität in der Region aktiv mitgestaltet und sichergestellt, dass sich bietende Chancen auch ergriffen werden können.

Auch im Geschäftsfeld **Wasser** werden ausgehend von der aktuellen Bevölkerungsentwicklung Chancen auf Realisierung von über Plan liegenden Mengenentwicklungen und Umsätzen im Kerngeschäft gesehen, was sich entsprechend positiv auf die Anlagenauslastung und die Stabilität der Ver- und Entsorgungspreise auswirken würde.

Für die erforderliche Anpassung einzelner Anlagenkomponenten aufgrund der Bevölkerungsentwicklung, wie zum Beispiel die Anpassung der Kapazität des Klärwerkes Rosental aufgrund steigender Abwasserfrachten, haben die Wasserwerke entsprechende Konzepte und Strategien erarbeitet, auf deren Grundlage die Umsetzungsplanung und Realisierung vorangetrieben werden.

Auf Grundlage der positiven Erfahrungen und Ergebnisse in den zurückliegenden Jahren wird für die Wasserwerke insgesamt die Chance gesehen, dass durch die verstärkte Zusammenarbeit in der Leipziger Gruppe über die Zielgrößen hinaus mittel- bis langfristig weitere positive Effekte in Bezug auf die allgemeine Performance im Kerngeschäft und die Qualität der Unterstützungsprozesse erreicht werden können.

3.3 Prognosebericht

Unabhängig für die zukünftige Ergebnisentwicklung sind die nachhaltige Sicherung der Ertragskraft der Unternehmensgruppe sowie wertsteigernde Investitionen in bestehende Geschäftsfelder unter sorgsamer Abwägung aller Chancen und Risiken. Im Rahmen der Steuerung wird ein ausgewogener Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel sichergestellt, um die Unternehmens- und Vermögenswerte langfristig zu erhalten und auszubauen. Das Agieren orientiert sich dabei an den vorhandenen Ressourcen, den Branchenentwicklungen sowie den bestehenden und erwarteten gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Ein wesentliches Ziel für die Zukunft der Leipziger Gruppe ist der Ausbau der sehr guten regionalen Wettbewerbsposition. Die Stärken der LVV und ihrer Tochterunternehmen liegen im Infrastrukturgeschäft und in den damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Bei diesen gilt es, die wirtschaftlichen Chancen, welche sich auch aus der wachsenden Prosperität der Stadt Leipzig ergeben, zu nutzen. Um die permanenten Herausforderungen erfolgreich anzugehen, den Kundennutzen weiter zu stärken und die eigenen Ziele im Wettbewerb umzusetzen, ist unverändert die Ausrichtung auf das Kerngeschäft der einzelnen Geschäftsfelder geboten.

Die Ergebnisse des LVV-Konzerns sind insbesondere von der wirtschaftlichen Entwicklung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen abhängig. Die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen und Maßnahmen zur langfristigen Ergebnisverbesserung werden dabei unverändert im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen.

Die wesentlichen Eckwerte der Konzernwirtschaftsplanung im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr sind nachfolgend dargestellt und spiegeln die Erwartung der Geschäftsführung für das Folgejahr wider:

Kennzahlen

		Ist 2021	Plan 2022	Veränderung absolut
Konzernergebnis	Mio. EUR	40,8	33,0	-7,8
Adjustiertes EBITDA	Mio. EUR	224,7	237,8	13,1
Investitionen	Mio. EUR	330,9	464,2	133,3
Eigenmittelquote	%	38,9	37,4	-1,5
Nettogesamtverschuldung	Mio. EUR	910,7	1.071,8	161,1
Dynamischer Verschuldungsgrad		4,1	4,5	0,4

Der Konzernwirtschaftsplan weist für das Jahr 2022 ein positives, im Vergleich zum Vorjahr jedoch ein um 7,8 Mio. EUR geringeres Jahresergebnis aus. Im Zusammenhang mit dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sind jedoch in allen Geschäftsfeldern der Unternehmensgruppe die getroffenen Prognosen mit einer erhöhten Unsicherheit behaftet und die quantitativen Auswirkungen noch nicht vollumfänglich absehbar. Aufgrund der bereits vertraglich gesicherten Bezugsmengen und der diversifizierten Beschaffung sind im Geschäftsfeld Energie derzeit jedoch keine unmittelbaren wesentlichen Auswirkungen für das Geschäftsjahr 2022 erkennbar, sodass an den Prognosen im Konzernwirtschaftsplan festgehalten wird. Im Geschäftsfeld Wasser wird aufgrund der kriegesischen Auseinandersetzungen mit erheblichen Kostensteigerungen und Lieferengpässen für viele Rohstoffe, Waren und Dienstleistungen und mit einer weiter steigenden Inflation gerechnet.

Mit dem derzeit anhaltenden Pandemiegeschehen besteht darüber hinaus eine hohe Unsicherheit bezüglich der Vorhersage des zukünftigen Geschäftsverlaufs. Nach derzeitiger Einschätzung ist im Mobilitätsbereich mit rund 16 Mio. weniger Fahrgästen, als im Wirtschaftsplan angenommen, zu rechnen. Auch die Erwartung hinsichtlich der Linieneinnahmen ist aus heutiger Sicht um 7,0 Mio. EUR zu reduzieren. Die auszugleichenden Schäden werden sich somit entsprechend erhöhen. Zwischenzeitlich haben sich sowohl der Bund als auch die Länder mit einem deutlichen Bekenntnis der Verkehrsministerkonferenz positiv zum Ausgleich pandemiebedingter Schäden im Jahr 2022 positioniert. Derzeit ist darüber hinaus ein massiver Anstieg der Bezugspreise für Dieselkraftstoff und Elektroenergie im Wesentlichen infolge der kriegesischen Auseinandersetzungen in der Ukraine zu verzeichnen. Es droht eine deutliche Überschreitung der geplanten Aufwendungen für Dieselkraftstoff (ca. 3,6 Mio. Euro bereits im Jahr 2022) und Elektroenergie (ca. 12,0 Mio. Euro ab dem Jahr 2023).

Das adjustierte EBITDA soll im Jahr 2022 entsprechend der Konzernwirtschaftsplanung bei voraussichtlich 237,8 Mio. EUR liegen. Zum Ende der Mittelfristplanung wird ein EBITDA von 306,0 Mio. EUR prognostiziert. Die Erreichung des EBITDA-Ziels ist insbesondere zur Sicherstellung einer marktüblichen Finanzierung für die vorgesehenen Investitionen notwendig. Es besteht daher der Anspruch, in den kommenden Jahren neben den bereits laufenden Aktivitäten konzernweit weitere Maßnahmen zu identifizieren und umzusetzen, die zu einem nachhaltigen Anstieg des EBITDA beitragen.

Der Investitionsplan des Konzerns sieht für das Geschäftsjahr 2022 ein Volumen von 464,2 Mio. EUR vor, 133,3 Mio. EUR mehr als im Geschäftsjahr 2021. Nahezu die Hälfte dieses Gesamtvolumens entfällt auf den Energiebereich. Hierin berücksichtigt ist im Wesentlichen das Zukunftskonzept Wärmeversorgung, welches Investitionen in das HKW Leipzig Süd, dezentrale Erzeugungsanlagen verschiedener Energieträger sowie einen Wärmespeicher am Standort Leipzig Süd zur Sicherung der Fernwärmeversorgung vorsieht. Ebenso sind Investitionen zum Ausbau und zur Erweiterung des Fernwärmenetzes, Nahwärmelösungen sowie medienunabhängige Energiedienstleistungen geplant.

Bei den polnischen Beteiligungen wird weiterhin mit einer jährlich steigenden Anzahl von Wärmekunden gerechnet, die den Fernwärmeabsatz und die Erlöse in Polen stetig steigern werden. Für das Jahr 2022 plant die GPEC über 30 MW an Anschlüssen bei neuen Kunden.

Ungeachtet des anhaltenden Pandemiegeschehens werden im Geschäftsfeld Mobilität die im Wirtschaftsplan geplanten Investitionen umgesetzt. Dies begründet sich neben den mehrjährigen Vorlaufzeiten insbesondere durch die im Nahverkehrsplan beschriebenen Anforderungen. Demnach sollen bis zum Jahr 2026 schwerpunktmäßig in das bestehende Gleisnetz, die Beschaffung neuer Straßenbahnen, die Ersatzbeschaffung von Bussen sowie in den Neubau eines dritten Betriebshofs investiert werden. Durch die Inanspruchnahme von Fördermitteln von Bund und Land soll die Anschaffung zum Teil finanziert werden.

Im Geschäftsbereich Wasser wird die Investitionstätigkeit neben dem Ausbau des Klärwerks Rosental aufgrund der wachsenden Stadt Leipzig auch in den nächsten Jahren vom Nachholbedarf im Bereich der Sanierung des Kanalnetzes wesentlich beeinflusst. Im Trinkwasserbereich soll darüber hinaus in den Ausbau und die Erneuerung der Versorgungsnetze und der Wassererzeugungsanlagen investiert werden.

Die Eigenmittelquote des Konzerns wird sich trotz erwarteter positiver Konzernjahresergebnisse aufgrund des stetigen Anstiegs der Bilanzsumme im Jahr 2022 reduzieren und auf diesem Niveau mittelfristig stabilisieren.

Der Anstieg der Nettogesamtverschuldung beruht auf der weiteren Aufnahme langfristiger Fremdmittel zur Finanzierung der anspruchsvollen Investitionsvorhaben in allen Geschäftsfeldern mit dem Ziel, den Herausforderungen der wachsenden Stadt auch zukünftig erfolgreich begegnen zu können. Der dynamische Verschuldungsgrad wird im Geschäftsjahr 2022 voraussichtlich auf 4,5 ansteigen. Im Ergebnis werden – aufgrund intensiver Anstrengungen im Konzern – die mit den Kreditgebern vereinbarten Obergrenzen von 25,0 % für die Eigenmittelquote und von 4,5 für den dynamische Verschuldungsgrad eingehalten und damit die zukünftige Kreditwürdigkeit des LVV-Konzerns gesichert.

Die Konzernwirtschaftsplanung geht für das Geschäftsjahr 2022 sowie mittelfristig davon aus, die konzerninterne Finanzierung des ÖPNV aus eigenen Mitteln sicherzustellen. Auf Basis der aktuellen Erkenntnisse können jedoch die Corona-Pandemie sowie die Auswirkungen aus dem militärischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine auch Konsequenzen für die Erreichung der Prognosen und Ziele des Geschäftsjahres 2022 haben. Weitere Einnahme- und damit einhergehende Ergebnisausfälle können daher nicht ausgeschlossen werden und haben unmittelbare Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

4 Erklärung zur Unternehmensführung

Aufgrund der durch das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst in §§ 36, 52 GmbHG aufgenommenen Regelungen müssen Unternehmen, die der gesetzlichen Mitbestimmung unterliegen, eigene Ziele für den Frauenanteil an Führungspositionen festlegen.

Die festgelegte Zielgröße zur Frauenquote im Aufsichtsrat der **LVV** beträgt 30,0 %; die Zielgröße zur Frauenquote innerhalb der Geschäftsführung der LVV beträgt mindestens 30,0 %. Weiterhin wurde eine Zielgröße für die obere Managementebene der LVV von 30,0 % beschlossen. Für die mittlere Führungsebene wurde rein vorsorglich, für den Fall, dass die LVV eine solche Ebene einführen sollte, eine Zielgröße von 30,0 % festgelegt. Die Ziele sollen bis zum 31. Dezember 2024 erreicht werden.

Die festgelegte Zielgröße zur Frauenquote im Aufsichtsrat der **Stadtwerke** beträgt 30,0 %; die Zielgröße zur Frauenquote innerhalb der Geschäftsführung der Stadtwerke beträgt 50,0 %. Weiterhin wurde eine Zielgröße für die obere Managementebene der Stadtwerke von 30,0 % beschlossen. Für die mittlere Führungsebene wurde eine Zielgröße von 35,0 % festgelegt. Die Ziele sollen jeweils bis zum 31. Dezember 2024 erreicht werden.

Die festgelegte Zielgröße zur Frauenquote im Aufsichtsrat der **Verkehrsbetriebe** beträgt 25,0 %; die Zielgröße zur Frauenquote innerhalb der Geschäftsführung beträgt mindestens 30,0 %. Die festgelegten Zielgrößen sollen jeweils bis zum 31. Dezember 2024 erreicht werden.

Die Geschäftsführung der Verkehrsbetriebe hatte beschlossen, bis zum 31. Dezember 2021 einen Frauenanteil in der oberen Managementebene von 37,0 % und in der mittleren Managementebene von 30,0 % erreichen zu wollen. Der Anteil der Frauen in der oberen Managementebene liegt zum 31. Dezember 2021 bei 36,4 % und in der mittleren Managementebene bei 31,0 %. Die derzeitige Besetzung steht nahezu vollständig im Einklang mit den festgesetzten Zielen. Weiterhin wurde festgelegt, an der Quote sowohl in der oberen Managementebene von 37,0 % als auch in der mittleren Managementebene von 30,0 % festzuhalten. Die festgelegten Zielgrößen sollen am 31. Dezember 2026 bestehen.

Im Geschäftsjahr 2017 haben die zuständigen Gremien der **Wasserwerke** Zielgrößen festgelegt. Die folgenden Ziele sollen bis zum 31. Dezember 2021 erreicht werden:

Die festgelegte Zielgröße zur Frauenquote im Aufsichtsrat der Wasserwerke beträgt 30,0 %. Zum 31. Dezember 2021 sind 38,1 % der Mandate im Aufsichtsrat durch Frauen besetzt. Die Zielgröße zur Frauenquote innerhalb der Geschäftsführung der Wasserwerke bleibt mit der derzeitigen Geschäftsführung bestehen.

Die zuständigen Gremien der Wasserwerke werden im ersten Halbjahr 2022 neue Zielgrößen festlegen, die bis zum 31. Dezember 2026 erreicht werden sollen. Es ist beabsichtigt, die folgenden Zielgrößen zu definieren:

Die Zielgröße zur Frauenquote im Aufsichtsrat der Wasserwerke soll mindestens 38,0 % betragen. Die Zielgröße zur Frauenquote innerhalb der Geschäftsführung der Wasserwerke soll sich auf 0,0 % belaufen.

Zudem wird beabsichtigt, an der bestehenden Frauenquote für die obere Managementebene der Wasserwerke von 30,0 % bis zum 31. Dezember 2026 festzuhalten. Für die mittlere Führungsebene soll eine Zielgröße von 30,0 % bis zum 31. Dezember 2026 festgelegt werden. Zum 31. Dezember 2021 stellen sich die Quoten wie folgt dar: für die obere Managementebene 30,0 % und für die mittlere Führungsebene 35,0 %.

Leipzig, den 25. April 2022

Geschäftsführung



Michael M. Theis



Ulf Middelberg



Volkmar Müller



Karsten Rogall

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2021

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Aktiva		in TEUR	
		31.12.2021	31.12.2020
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		1.821	1.926
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten		12.846	13.208
3. Geleistete Anzahlungen		3.128	3.616
		17.795	18.750
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		346.502	344.243
2. Technische Anlagen und Maschinen		1.837.495	1.728.464
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		28.598	28.918
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		277.890	202.964
		2.490.485	2.304.589
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		21.774	24.303
2. Ausleihungen an verbundene, nicht einbezogene Unternehmen		6.690	4.996
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		0	13
4. Beteiligungen		125.958	123.320
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		4.759	4.759
6. Sonstige Ausleihungen		1.164	1.246
		160.345	158.637
		2.668.625	2.481.976
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		29.194	22.195
2. Unfertige Leistungen		5.671	5.147
3. Geleistete Anzahlungen		4.184	2.441
		39.049	29.783
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		364.992	315.598
Erhaltene Anzahlungen		-186.788	-183.707
		178.204	131.891
2. Forderungen gegen verbundene, nicht einbezogene Unternehmen		6.944	1.927
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		218	516
4. Sonstige Vermögensgegenstände		133.497	52.586
		318.863	186.920
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		45.620	146.144
		403.532	362.847
C. Rechnungsabgrenzungsposten		9.161	2.543
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG		135	208
		3.081.453	2.847.574

Passiva

in TEUR

	31.12.2021	31.12.2020
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	512	512
II. Kapitalrücklage	625.910	625.910
III. Gewinnrücklagen	205.992	194.553
IV. Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-11.872	-11.171
V. Konzernbilanzverlust	-113.060	-134.802
VI. Nicht beherrschende Anteile	97.375	94.320
	804.857	769.322
B. Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens	637.282	609.426
C. Sonderposten für Baukostenzuschüsse	149.136	143.176
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	31.933	31.938
2. Steuerrückstellungen	2.602	8.286
3. Sonstige Rückstellungen	220.381	224.390
	254.916	264.614
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	891.349	829.266
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	4.427	1.774
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	127.197	88.691
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen	11.869	10.799
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.539	1.887
6. Sonstige Verbindlichkeiten	188.615	116.510
davon aus Steuern: 13.050 TEUR (Vj.: 12.569 TEUR)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 276 TEUR (Vj.: 201 TEUR)		
	1.225.996	1.048.927
F. Rechnungsabgrenzungsposten	9.133	11.699
G. Passive latente Steuern	133	410
	3.081.453	2.847.574

Konzerngewinn- und -verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

in TEUR

	2021	2020
1. Umsatzerlöse	2.397.855	2.276.416
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	524	722
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	21.845	21.661
4. Sonstige betriebliche Erträge	130.621	95.703
	2.550.845	2.394.502
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.829.921	1.699.097
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	71.068	68.259
	1.900.989	1.767.356
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	218.374	212.380
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 5.115 TEUR (Vj.: 4.999 TEUR)	49.271	46.839
	267.645	259.219
7. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	157.387	149.018
b) auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	73	70
	157.460	149.088
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	159.941	161.884
	64.810	56.955
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 4.866 TEUR (Vj.: 3.491 TEUR)	7.749	6.682
10. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	0	1
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	161	141
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	488	497
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: 31 TEUR (Vj.: 37 TEUR)	981	1.055
14. Aufwendungen aus Verlustübernahme	709	601
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: 0 TEUR (Vj.: 1 TEUR)	19.346	34.324
	-10.676	-26.549
16. Ergebnis vor Steuern	54.134	30.406
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus Veränderung latenter Steuern: -419 TEUR (Vj.: -91 TEUR)	7.754	6.822
18. Ergebnis nach Steuern	46.380	23.584
19. Sonstige Steuern	5.549	5.549
20. Konzernjahresüberschuss	40.831	18.035
21. Nicht beherrschende Anteile	-7.650	-6.227
22. Konzernverlustvortrag	-134.802	-131.208
23. Entnahmen/Einstellungen Gewinnrücklagen	-11.439	-15.402
24. Konzernbilanzverlust	-113.060	-134.802

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2021

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

1 Angaben zur Form und Darstellung von Konzernbilanz sowie von Konzerngewinn- und -verlustrechnung

1.1 Allgemeine Angaben

Die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), hat ihren Sitz in Leipzig. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Leipzig unter HRB 13860 eingetragen.

Der Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV-Konzern), zum 31. Dezember 2021 wird nach den Vorschriften der §§ 290 ff. HGB, den ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) und den Bestimmungen des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DMBiG) aufgestellt. Dabei wurden die Vorschriften des Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) grundsätzlich beachtet.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren gewählt. Ergänzende Angaben zu den einzelnen Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und -verlustrechnung befinden sich grundsätzlich im Konzernanhang.

Das Gliederungsschema der Konzerngewinn- und -verlustrechnung wurde um den Posten „Ergebnis vor Steuern“ ergänzt.

Bei den nachfolgenden Zahlen und Tabellen können sich aus rechentechnischen Gründen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (TEUR, % usw.) ergeben.

1.2 Konzernabschlusstichtag und Konsolidierungskreis

Der Konzernabschluss wird auf den Stichtag 31. Dezember 2021 aufgestellt. Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen werden auf den Bilanzstichtag der Muttergesellschaft aufgestellt.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2021 erfolgte die Erstkonsolidierung der Thüringenwind GmbH & Co. Tüngeda KG, Hürselberg-Hainich (Tüngeda), die bislang aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht einbezogen wurde.

Bei der WEO GmbH & Co. KG, Berlin, und der LIB Verwaltungs-GmbH, Leipzig, wurde zum 31. Dezember 2021 aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auf die Anwendung der Equity-Methode verzichtet. Der Übergang auf die Anschaffungskostenmethode erfolgte erfolgsneutral.

Zum 31. Dezember 2021 ist die LVV mit folgenden Unternehmen mittelbar oder unmittelbar verbunden beziehungsweise an ihnen beteiligt:

Einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR
Bau und Service Leipzig GmbH, Leipzig	Bau und Service	Wasserwerke	100,00	1.467	2.542 ¹
Brillant Energie GmbH, Leipzig	Brillant	Stadtwerke	100,00	192	-3.378 ¹
ELG Leipzig GmbH, Leipzig	ELG	Stadtwerke LVB	90,00 10,00	50	0
Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen ²	GPEC	Stadtwerke	82,86	81.037	13.666
GPEC STAROGARD SP. Z O.O., Starogard Gdański, Polen ²	GPEC STAROGARD	GPEC	100,00	5.304	389
GPEC TCZEW SP. Z O.O., Tczew, Polen ²	GPEC TCZEW	GPEC	100,00	4.519	38
IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig ³	IFTEC	LVB LIBV	50,00 0,00	9.116	1.717
Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig	Wasserwerke	LVV	74,65	285.466	41.313 ⁴
LAB Leipziger Aus- und Weiterbildungsbetriebe GmbH, Leipzig	LAB	LVB	100,00	200	226 ¹
LAS GmbH, Leipzig	LAS	Stadtwerke	100,00	499	195 ¹
Leipziger Kommunale Energieeffizienz GmbH, Leipzig	LKE	Stadtwerke	100,00	25	61 ¹
Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH, Leipzig	LSB	LVB	100,00	271	-183 ¹
Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH, Leipzig	LSVB	LVB	100,00	354	139 ¹
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	LVB	LVV	100,00	136.141	-5.592 ¹
LeoBus GmbH, Leipzig	LeoBus	LVB	100,00	1.966	202 ¹
LSI GmbH	LSI	Bau und Service	100,00	1.747	276
LTB Leipziger Transport und Logistik Betriebe GmbH, Leipzig	LTB	LVB	100,00	828	160 ¹
Netz Leipzig GmbH, Leipzig	Netz Leipzig	Stadtwerke	100,00	58.009	2.125 ¹
Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig	Stadtwerke	LVV	100,00	260.601	71.176 ¹
Thüringenwind GmbH & Co. Tüngeda KG, Hörselberg-Hainich	Tüngeda	LWM Stadtwerke	0,00 70,00	1.900	273

Nicht einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR
FWNL Fernwärmenetz Leipzig GmbH & Co. KG, i. L., Leipzig ^{5,6}	FWNL	Stadtwerke	0,15	k. A.	k. A.
GPEC EKSPERT SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2,5}	GPEC EKSPERT	GPEC	100,00	921	345
GPEC ENERGIA SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2,5}	GPEC ENERGIA	GPEC	100,00	1.957	657
GPEC PELPLIN SP. Z O.O., Pelplin, Polen ^{2,5}	GPEC PELPLIN	GPEC	100,00	561	63
GPEC PRO SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2,5}	GPEC PRO	GPEC	100,00	57	33
GPEC SERWIS SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2,5}	GPEC SERWIS	GPEC	100,00	4.333	2.003
GPEC SYSTEM SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2,5}	GPEC SYSTEM	GPEC	100,00	7.159	940
KBL Kabelbau Leipzig GmbH, Leipzig ^{5,7}	KBL	Stadtwerke	100,00	3.065	1.271
Leipziger Windpark Management GmbH ⁵	LWM	Stadtwerke	100,00	62	-7
Orchis Energia Sopot Sp. z o.o., Sopot, Polen ^{2,5}	Orchis	GPEC	100,00	1.121	262
Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig ⁵	Sportbäder	Wasserwerke	100,00	1.409	0
Wassergut Canitz GmbH, Leipzig ⁵	Wassergut	Wasserwerke	100,00	1.614	161 ¹

Assoziierte Unternehmen⁸

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR
caplog-x GmbH, Leipzig ^{7,9}	caplog-x	Stadtwerke	31,33	2.432	1.307
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig ^{7,9}	EVIL	Stadtwerke	50,00	202	11
Heizkraftwerk Eutritzscher Straße GmbH & Co. KG, i. L., Leipzig ^{6,9}	EuKG	Stadtwerke	25,75	k. A.	k. A.
KNL Kommunalnetz Leipzig GmbH, Leipzig ^{9,10}		Stadtwerke	50,00	k. A.	k. A.
Leipziger Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Leipzig ^{7,9}	LEE KG	LEE GmbH Stadtwerke	0,00 50,00	91	-22
Leipziger Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Leipzig ^{7,9}	LEE GmbH	LEE KG	100,00	18	-7
LIB Verwaltungs-GmbH, Leipzig ⁹	LIBV	LVB	50,00	26	1
MEE Projektgesellschaft 1 GmbH & Co. KG, Leipzig ^{9,11}	MEE 1 KG	MEE 1 V GmbH Stadtwerke	0,00 50,00	1.184	-15
MEE Projektverwaltungsgesellschaft 1 mbH, Leipzig ⁹	MEE 1 V GmbH	MEE 1 KG	100,00	25	3
Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale) ^{7,9}	Meter1 KG	Meter1 GmbH Stadtwerke	0,00 33,33	258	-13
Meter1 Verwaltung GmbH, Halle (Saale) ^{7,9}	Meter1 GmbH	Stadtwerke	33,33	36	1

Assoziierte Unternehmen⁸

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR
Mitteldeutsche Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Leipzig ⁹	MEE KG	MEE GmbH Stadtwerke	0,00 50,00	91	-72
Mitteldeutsche Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Leipzig ⁹	MEE GmbH	MEE KG	100,00	17	3
Mittelsächsische Windpark GmbH & Co. KG, Großschirma ^{7,9}	MW KG	MWM Stadtwerke	0,00 50,00	614	-19
MWM Mitteldeutsche Windpark Management GmbH, Großschirma ^{9,12}	MWM	Stadtwerke	50,00	30	-1
Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H, Leipzig ⁹	VNG VuB	LVV	34,57	331	1
WEO GmbH & Co. KG, Berlin ^{7,9}	WEO KG	WEO GmbH Stadtwerke	0,00 33,33	0 ¹³	-580
WEO Verwaltungs GmbH, Berlin ^{7,9}	WEO GmbH	WEO KG	100,00	49	3
Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Leipzig ^{9,14}	WEE KG	WEE GmbH Stadtwerke	0,00 50,00	24	-1
Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Leipzig ^{9,15}	WEE GmbH	WEE KG	100,00	22	-3
Windpark Hessenweg GmbH & Co. KG, Großschirma ^{7,9}	WHW KG	MWM Stadtwerke	0,00 50,00	221	-14
Windpark Königshain-Wiederau GmbH & Co. KG, Großschirma ^{7,9}	WKW KG	MWM Stadtwerke	0,00 50,00	299	-22
Windpark Kyffhäuserland GmbH & Co. KG, Großschirma ^{7,9}	WKL KG	MWM Stadtwerke	0,00 50,00	177	-29

Weitere Beteiligungen

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR
8KU GmbH, Berlin ⁷	8KU	Stadtwerke	12,50	273	2
beka GmbH, Köln ⁷	beka	LVB	0,47	1.086	-186
Ennovatis GmbH, i. L., Großpösna ⁶	ennovatis	Innvo GmbH	6,27	k. A.	k. A.
envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz ⁷	enviaM	LVV	0,07 ¹⁶	1.977.080	342.694
European Energy Exchange AG, Leipzig	EEX	LVV	4,92	484.453	84.625
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau ⁷	FEO	Wasser- werke	0,29	127.791	2.997
Joblinge gemeinnützige AG Leipzig, Leipzig ⁷	Joblinge	Stadtwerke	6,25	80	0
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz ¹⁷	KBE	LVV	1,35	476.172	46.589
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV), Halle (Saale) ⁷	MDV	LVB	16,96	477	0
Mobility inside Holding GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main ¹⁸	MiH	MIV LVB	0,00 3,72	1.939	-1.673

Weitere Beteiligungen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR
Mobility inside Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main ¹⁹	MiV	LVB	5,00	50	0
SAG Abwicklungs AG, i. L., Zwenkau ⁶	SAG	Innvo mbH	11,43	k. A.	k. A.
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Aachen ⁷	TEE	TEEV Stadtwerke	0,00 3,46	106.828	3.176
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Aachen ⁷	TEEV	TEE	100,00	76	51
VNG AG, Leipzig	VNG AG	LVV	7,46 ²⁰	1.009.732	154.184

¹ Jahresergebnis vor Ergebnisabführung

² Umrechnungskurs Bilanz zum Stichtag, Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnitt

³ die IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig, ist gemäß § 264b HGB von Ihrer Verpflichtung befreit, einen handelsrechtlichen Jahresabschluss und einen Lagebericht nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften offenzulegen

⁴ Jahresergebnis vor Ergebnisabführung und Ausgleichszahlung Minderheitsgesellschaften

⁵ Nichteinbeziehung verbundener Unternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung wegen Unwesentlichkeit im Verhältnis zu Bilanzsumme, Umsatz und Ergebnis des Konzerns

⁶ in Liquidation

⁷ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020

⁸ die Anteile am gezeichneten Kapital entsprechen den Stimmrechten

⁹ Nichteinbeziehung assoziierter Unternehmen gemäß § 311 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung wegen Unwesentlichkeit der Ergebnis- und Ausschüttungsbeiträge

¹⁰ Gründung erfolgte im Jahr 2021 – Jahresabschluss liegt noch nicht vor

¹¹ Rumpfgeschäftsjahr vom 15. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020

¹² Rumpfgeschäftsjahr vom 2. April 2020 bis zum 31. Dezember 2020

¹³ nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten von TEUR 7.983

¹⁴ Rumpfgeschäftsjahr vom 10. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020

¹⁵ Rumpfgeschäftsjahr vom 2. Dezember 2020 bis zum 31. Dezember 2020

¹⁶ treuhänderisch gehaltenes Aktienpaket über KBE

¹⁷ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 30. Juni 2021

¹⁸ Rumpfgeschäftsjahr vom 21. Februar 2020 bis zum 31. Dezember 2020

¹⁹ Rumpfgeschäftsjahr vom 5. Februar 2020 bis zum 31. Dezember 2020

²⁰ über VNG VuB gehaltene LVV-Anteile

1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss des LVV-Konzerns wird auf Grundlage der Richtlinie der LVV für die Erstellung des Konzernabschlusses und für die Erstellung der Handelsbilanzen II der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen aufgestellt.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses werden die Vorschriften über die Kapitalkonsolidierung (§ 301 HGB), die Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB) und die Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) beachtet.

Grundlage der Kapitalkonsolidierung sind die Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Erwerbs- beziehungsweise Gründungszeitpunkt oder zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. Die Kapitalkonsolidierung erfolgt für alle bereits vor dem 1. Januar 2010 einbezogenen konsolidierten Unternehmen abweichend vom Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) Nr. 23 zulässigerweise nach der Buchwertmethode.

Aus der Erstkonsolidierung der Tüngeda ergab sich nach der Neubewertung zum 1. Januar 2021 ein passiver Unterschiedsbetrag in Höhe von 630 TEUR, der hauptsächlich auf die Entstehung stiller Reserven zwischen dem Zeitpunkt des Anteilserwerbs und dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung zurückzuführen war und aufgrund des geringfügigen Umfangs in voller Höhe aufgelöst wurde.

Von der Möglichkeit der Nichteinbeziehung von Tochterunternehmen in den Konzernabschluss nach § 296 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden saldiert, die Erträge mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

Für den erfolgten Verkauf von Anlagevermögen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurde auf eine Eliminierung der Zwischenergebnisse entsprechend § 304 Abs. 2 HGB verzichtet.

Für die Umrechnung der Bilanzposten der ausländischen Tochtergesellschaften wurden die Stichtagskurse (Devisenkassamittelkurs) beziehungsweise historischen Kurse für das Eigenkapital zugrunde gelegt (Fremdwährungsumrechnung). Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung wurden zum ungewichteten Durchschnittskurs des Geschäftsjahres in Euro umgerechnet.

Die Beteiligungen an den assoziierten Unternehmen werden in der Konzernbilanz gemäß § 312 Abs. 1 HGB mit dem Buchwert angesetzt. Die Anteile am Jahresergebnis der assoziierten Unternehmen sowie andere erfolgswirksame Änderungen am anteiligen Eigenkapital werden als Veränderung der Beteiligungsbuchwerte gezeigt und im Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen. Ein sich unter Berücksichtigung des anteiligen Jahresüberschusses im Rahmen der Ergebnisfortschreibung ergebender negativer Beteiligungsbuchwert wird in einer Nebenrechnung erfasst und so lange nicht in der Bilanz berücksichtigt, bis sich aus der Fortschreibung durch anteilige Jahresüberschüsse ein positiver Buchwert ergibt.

Soweit Beteiligungen an den assoziierten Unternehmen von untergeordneter Bedeutung sind, wird unter Bezugnahme auf § 311 Abs. 2 HGB auf die Anwendung von § 311 Abs. 1 und § 312 HGB entweder bei Beteiligungserwerb oder bei geänderten Verhältnissen zu einem späteren Zeitpunkt verzichtet.

2 Erläuterungen zu den Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und -verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

2.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, werden die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Auch die im Konzernabschluss at Equity bewerteten Unternehmen stellen ihre Jahresabschlüsse grundsätzlich nach den einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Konzerns auf.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und die **Sachanlagen** sind mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. In den Herstellungskosten selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände und sonstiger Anlagen sind neben den Einzelkosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten enthalten.

In Ausübung des Wahlrechts nach § 248 Abs. 2 HGB werden seit 2019 bei bedeutenden Sachverhalten selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert. Diese betreffen insbesondere die Eigenentwicklung von Softwarelösungen, welche über eine Nutzungsdauer von drei bzw. fünf Jahren linear abgeschrieben werden.

Unentgeltlich übernommene Anlagegüter wurden zum Zeitpunkt der Übertragung mit ihrem Verkehrswert angesetzt. Grundstückszugänge gemäß Vermögenszuordnungsgesetz sind mit einem pauschalen Bodenwert bilanziert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände enthalten Grunddienstbarkeiten nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG).

Die planmäßigen Abschreibungen werden grundsätzlich nach der linearen Abschreibungsmethode über die voraussichtliche Nutzungsdauer der Anlagegegenstände vorgenommen. Den Abschreibungen liegt in der Regel eine Nutzungsdauer in einer Bandbreite von zwei bis 55 Jahren zugrunde. Darüber hinaus werden im Fall von dauerhaften Wertminderungen außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Im Fall, dass wirtschaftlich wesentliche Bestandteile eines Vermögensgegenstandes eine abweichende Nutzungsdauer aufweisen und diese Bestandteile physisch separierbar sind, wird eine komponentenweise planmäßige Abschreibung angewendet.

Anlagegegenstände, deren Anschaffungskosten im Einzelfall 800,00 EUR nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und anschließend vollständig abgeschrieben. Bei Wirtschaftsgütern, deren Wert 250,00 EUR nicht überschreitet, werden die Anschaffungskosten sofort als Aufwand erfasst.

Soweit Anlagegegenstände der in den Konzern einbezogenen Unternehmen bezuschusst oder finanziell gefördert werden, sind diese Mittel zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Finanzlage auf der Passivseite unter dem Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens ausgewiesen. Sie werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer der geförderten Sachanlagen aufgelöst.

Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungskosten zum Nennbetrag (ohne Umsatzsteuer) angesetzt.

Die unter den **Finanzanlagen** ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten angesetzt. Anteile an ausländischen Unternehmen werden zum Tageskurs des Transaktionszeitpunktes umgerechnet. Soweit erforderlich, werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen. Ausleihungen werden zum Nennwert bewertet.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sind grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate werden unter den Vorräten zum Erinnerungswert angesetzt. Entgeltlich erworbene Emissionszertifikate werden im Posten Vorräte zu Anschaffungskosten bilanziert. Soweit erforderlich, werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Die **unfertigen Leistungen** sind verlustfrei zu Herstellungskosten bewertet. In die Herstellungskosten werden neben Material- und Fertigungseinzelkosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten einbezogen.

Geleistete Anzahlungen auf Vorräte werden mit ihren Anschaffungskosten zum Nennbetrag (ohne Umsatzsteuer) angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert unter Berücksichtigung erkennbarer Ausfallrisiken ausgewiesen. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Anzahlungen, die zum Nennwert angesetzt werden, auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch für Strom, Gas, Wasser und Abwasser offen abgesetzt.

Forderungen in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsforderungen werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder unter Beachtung des Realisationsprinzips für langfristige Positionen (§ 256a HGB) zum niedrigeren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Insoweit Netting-Vereinbarungen mit Partnern im Energiegroßhandel bestehen, sind Saldierungen von Forderungen und Verbindlichkeiten vorgenommen worden.

Der **Kassenbestand, die Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks** sind mit dem Nennwert bilanziert. Fremdwährungsbestände mit einer Laufzeit von unter einem Jahr sind gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Ausgaben gebildet, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Das **Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG** ist korrespondierend mit der Rückstellungsbildung in der D-Markeröffnungsbilanz abzüglich zwischenzeitlicher Auflösungen und Verbräuche der betreffenden Rückstellungen angesetzt.

Der Ermittlung aktiver sowie passiver **latenter Steuern** liegt das bilanzorientierte Temporary-Konzept zugrunde (§ 274 Abs. 1 HGB). Dabei werden auch latente Steuern auf quasi permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Darüber hinaus werden aktive latente Steuern auf die bestehenden körperschaft- und gewerbesteuerlichen Verlustvorträge gebildet, soweit innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Verlustverrechnung zu erwarten ist. Dieser Einschätzung liegen entsprechende Planungsrechnungen zugrunde. Die Berechnung erfolgt für die deutschen Gesellschaften mit einem unternehmensindividuellen kombinierten Ertragsteuersatz (Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer) von rund 31,8 % beziehungsweise im Fall von zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes von 15,8 %, der lediglich die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet. Bei den polnischen Gesellschaften findet ein Steuersatz von 19,0 % Anwendung. Für das Geschäftsjahr ergibt sich konzernübergreifend unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird im Rahmen der konzerneinheitlichen Bilanzierung grundsätzlich kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern beruhen neben Verlustvorträgen auf Ansatzunterschieden bei der LVV und den einbezogenen Tochterunternehmen. Dabei resultieren aktive latente Steuern insbesondere aus handels- und steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen bei Sachanlagen und Finanzanlagen, Vorräten, sonstigen Vermögensgegenständen, Sonderposten, Pensionsrückstellungen, sonstigen Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie beim passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Passive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus Sachanlagen, Finanzanlagen, Forderungen, Sonderposten, Rückstellungen und Verbindlichkeiten. In zulässiger Abweichung von DRS Nr. 18 „Latente Steuern“ wird auf eine Darstellung des Zusammenhangs zwischen erwartetem und ausgewiesenem Steueraufwand in Form einer Überleitungsrechnung verzichtet.

Die aus Konsolidierungsmaßnahmen resultierenden latenten Steuern wurden im Gegensatz zum Vorjahr mit dem aktiven primären latenten Steuerüberhang saldiert (Gesamtdifferenzenbetrachtung). Eine Bilanzierung von latenten Steuern aus Konsolidierungsmaßnahmen (sekundäre latente Steuern) erfolgt nur, soweit sich aus der Gegenüberstellung mit den primären latenten Steuern ein Passivüberhang ergibt oder bei Vorliegen eines Aktivüberhangs sekundärer latenter Steuern unbeachtlich der Ausübung des Aktivierungswahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. §§ 298 und 300 Abs. 2 HGB.

Das **gezeichnete Kapital** ist zum Nennbetrag angesetzt.

Der Posten **Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung** resultiert aus der Abweichung der Bewertung der Bilanz zum Stichtagskurs sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnittskurs gegenüber der Bewertung des Eigenkapitals zum historischen Kurs bei den konsolidierten ausländischen Unternehmen.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens** werden neben unentgeltlich übernommenen Gegenständen des Anlagevermögens im Wesentlichen Investitionszuschüsse sowie die mit Investitionen zur Umweltverbesserung verrechenbare Abwasserabgabe passiviert, die über die jeweilige Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände ertragswirksam aufgelöst werden. Die im Sonderposten für unentgeltlich ausgegebene Emissionsberechtigungen ausgewiesenen Rechte wurden zum Erinnerungswert bilanziert.

Vereinnahmte Hausanschlusskostenbeiträge und ähnliche Zuschüsse werden im **Sonderposten für Baukostenzuschüsse** ausgewiesen. Die jährliche ertragswirksame Auflösung beträgt 5,0 % für bis zum 31. Dezember 2002 erhaltene Baukostenzuschüsse. Für erhaltene Baukostenzuschüsse ab dem 1. Januar 2003 erfolgt die Auflösung über die Nutzungsdauer der betreffenden Anlagen.

Ab der Preisperiode 2016/2017 haben die Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke), kalkulatorische Abschreibungen auf der Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten (WBZW) gemäß § 13 Abs. 1 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Preiskalkulation zum Ansatz gebracht. Als WBZW wird dabei der zum Zeitpunkt der Ermittlung anzusetzende Wert des Anlagevermögens, den die Gesellschaft für die Erneuerung eines Vermögensgegenstandes durch den Gegenstand gleicher Art und Güte zahlen müsste, verstanden. Nach § 13 Abs. 4 SächsKAG sind, sofern Abschreibungen auf Basis von WBZW zugrunde gelegt werden, sich daraus gegenüber einer Kalkulation mit Anschaffungs- und Herstellungskosten ergebende Mehrerträge einem Sonderposten zuzuführen und wie ein Ertragszuschuss zu behandeln. Der Sonderposten wurde erstmalig im Jahr 2016 anlagenklassenbezogen in der Position Sonderposten für Baukostenzuschüsse gebildet. Ab dem Zeitpunkt der Vornahme von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in Folgeperioden ist der Sonderposten unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Nutzungsdauer der Investitionen planmäßig ertragswirksam aufzulösen. Im Jahr 2017 wurden getätigten Investitionen erstmalig Beträge aus dem angesammelten Sonderposten zugeordnet. Die daraus resultierenden Auflösungsbeträge belaufen sich im Jahr 2021 auf 779 TEUR.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie ausgewählte Personalrückstellungen werden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) gebildet.

Für die Rückstellungen für Pensionen und andere Altersversorgungsverpflichtungen werden bei einer angenommenen Laufzeit von 15 Jahren Rechnungszinssätze von 1,87 % bis 1,90 % zugrunde gelegt sowie künftige Gehalts- und Rentenanpassungen beziehungsweise Aufwandssteigerungen von bis zu 5,0 % unterstellt.

Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 1.618 TEUR.

Bei den polnischen Gesellschaften werden Rückstellungen für Altersgelder auf der Grundlage mathematischer Gutachten in Anlehnung an IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) bei einem Rechnungszins von 3,6 % sowie künftiger Gehaltsanpassungen von 5,5 % und Fluktuationsraten von bis zu 18,9 % gebildet.

Soweit für die Pensionsverpflichtungen Rückdeckungsversicherungsverträge existieren, welche an die Pensionsanwärter beziehungsweise Pensionäre verpfändet sind, werden die Verpflichtungen und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen nach § 246 Abs. 2 HGB verrechnet.

Ein Teil der Pensionsverpflichtungen ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung bewertet, da es sich um kongruent rückgedeckte Versorgungszusagen handelt. Die Bewertung erfolgt aufgrund versicherungsmathematischer Gutachten.

Bei ausgewählten sonstigen Personalrückstellungen (für Jubiläen, Altersteilzeit und Wertkontenmodelle) werden bei der Bewertung in den versicherungsmathematischen Gutachten Zinssätze gemäß den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Dabei werden zukünftige jährliche Lohn- und Gehaltsteigerungen berücksichtigt.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und als Deckungsvermögen ausschließlich der Erfüllung langfristiger Verpflichtungen aus Altersteilzeit und Wertkonten dienen, sind gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert mit den entsprechenden Verpflichtungen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt aufgrund vorliegender versicherungsmathematischer Gutachten.

Bei den **sonstigen Rückstellungen** sind alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen und ausreichend berücksichtigt. Sie werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

In den sonstigen Rückstellungen werden die unentgeltlich zugeteilten Emissionszertifikate zur Erfüllung der Rückgabeverpflichtung zum Erinnerungswert sowie entgeltlich erworbene Emissionszertifikate zum Buchwert erfasst.

Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages bestimmter langfristiger Rückstellungen wird jeweils ein angemessener Kostensteigerungsgrad berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden langfristige Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste.

Von der Möglichkeit, **Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F.** gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB zum Umstellungszeitpunkt auf die Neuregelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) beizubehalten, wurde Gebrauch gemacht.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag und die erhaltenen Anzahlungen zum Nennwert passiviert. Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder dem höheren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Einnahmen, die Ertrag nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet. Die aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften erzielten Barwertvorteile wurden passiv abgegrenzt. Sie werden über die jeweilige Vertragslaufzeit ergebniswirksam aufgelöst.

Derivative Finanzinstrumente werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

2.2 Erläuterungen zur Konzernbilanz

Die Zusammensetzung und Entwicklung der einzelnen Posten des **Anlagevermögens** sind im Anlagenspiegel dargestellt; die Gliederung richtet sich nach § 266 Abs. 2 i. V. m. § 265 Abs. 6 HGB.

Im Geschäftsjahr fielen insgesamt Entwicklungskosten von 811 TEUR an, davon wurden 525 TEUR als selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert.

Unter den **Finanzanlagen** werden die Anteile der nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene nicht konsolidierte Unternehmen, Beteiligungen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie sonstige Ausleihungen ausgewiesen.

Die **Vorräte** enthalten zum Bilanzstichtag unentgeltlich zugeteilte rückgabepflichtige Emissionsberechtigungen, die mit einem Erinnerungswert angesetzt sind (Marktwert zum 31. Dezember 2021: 2.199 TEUR).

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** der Konzernbilanz sind hauptsächlich Forderungen aus abgerechneten Energie- und Wasserlieferungen sowie aus der Abwasserbehandlung und der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag von insgesamt 319.152 TEUR enthalten. Erhaltene Anzahlungen von 186.788 TEUR werden offen abgesetzt. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen den Gesellschafter Stadt Leipzig mit 33.356 TEUR enthalten.

Von den **Forderungen gegen verbundene, nicht einbezogene Unternehmen** betreffen 246 TEUR Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie 6.699 TEUR sonstige Vermögensgegenstände.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen mit 28 TEUR Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind im Wesentlichen Forderungen gegen das Finanzamt von 27.060 TEUR ausgewiesen, die teilweise rechtlich erst nach dem Stichtag entstehen.

Von den Forderungen haben 5 TEUR (Vj.: 8 TEUR) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, 190 TEUR (Vj.: 493 TEUR) der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und 685 TEUR (Vj.: 589 TEUR) der sonstigen Vermögensgegenstände eine **Restlaufzeit von mehr als einem Jahr**.

Der nach § 250 Abs. 3 HGB in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommene Unterschiedsbetrag (Disagio) beläuft sich auf 1.634 TEUR (Vj.: 387 TEUR).

Das **Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG** betrifft die Rückstellung für Altlastensanierung. Es wurde im Geschäftsjahr 2021 mit 73 TEUR abgeschrieben.

Das **gezeichnete Kapital** entspricht dem Stammkapital im Mutterunternehmen LVV. Die Stammeinlage wird in voller Höhe von der Stadt Leipzig gehalten.

Im Posten **nicht beherrschende Anteile** in der Bilanz von 97.375 TEUR sind hauptsächlich die Anteile des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land, Leipzig (ZV WALL), an den Wasserwerken, der Stadt Gdańsk an der GPEC sowie der Siemens AG an der IFTEC erfasst. Neu hinzugekommen sind die Minderheitenanteile an der Tüngeda aufgrund der Erstkonsolidierung zum 1. Januar 2021. Der diesen Gesellschaftern zuzurechnende Gewinn von 7.650 TEUR ist in diesem Bilanzposten verrechnet und in der Konzerngewinn- und -verlustrechnung separat im Posten nicht beherrschende Anteile ausgewiesen.

In zulässiger Abweichung von DRS Nr. 22 „Konzerneigenkapital“ werden die Angaben zu den gesetzlichen Ausschüttungs- oder Abführungssperren unterlassen.

Die **Pensionsverpflichtungen** werden bei den inländischen Unternehmen entsprechend § 246 Abs. 2 HGB mit dem korrespondierenden Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen verrechnet. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände sowie der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betragen unter Beachtung bereits geleisteter Zahlungen jeweils 506 TEUR. Die Anschaffungskosten für den Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen betragen 683 TEUR. Der im Geschäftsjahr 2021 im Zeitwert enthaltene Zinsertrag aus den verpfändeten Rückdeckungsversicherungen (17 TEUR) ist in der Gewinn- und Verlustrechnung mit den Aufwendungen aus der Verpflichtung 17 TEUR saldiert.

Die **Steuerrückstellungen** berücksichtigen neben den Steuerrückstellungen für das laufende Geschäftsjahr auch Rückstellungen für mögliche Steuernachzahlungen für Vorjahre aus laufenden steuerlichen Außenprüfungen.

Die **sonstigen Rückstellungen** enthalten hauptsächlich Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (41.944 TEUR), für die Beseitigung ökologischer Schäden (33.402 TEUR), für Altersteilzeit-, Sozialplan- und Personalaufwendungen (27.260 TEUR), für drohende Verluste (18.308 TEUR), für Umsatzrisiken gemäß dem SächsKAG (15.335 TEUR), für Prozessrisiken und Rechtsstreitigkeiten (14.602 TEUR) sowie für Abwasser- und Konzessionsabgaben (9.823 TEUR).

Die **Altersteilzeitverpflichtungen und sonstigen Personalrückstellungen für Wertkonten** (7.222 TEUR) werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen oder vergleichbar langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, verrechnet. Die Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände betragen 7.223 TEUR. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände und der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden belaufen sich jeweils auf 7.223 TEUR. Der Zinsaufwand aus der Dotierung der rückgedeckten Verpflichtungen (47 TEUR) wurde mit dem Zinsertrag aus den Rückdeckungsversicherungen (20 TEUR) verrechnet.

In den sonstigen Rückstellungen sind Aufwandsrückstellungen von 9.438 TEUR enthalten, für die das Beibehaltungswahlrecht nach Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB in Anspruch genommen wurde.

Der Betrag der Überdeckung von langfristigen Rückstellungen, die gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB beibehalten wurde, beläuft sich auf 10 TEUR.

Für die in der Konzernbilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten	Restlaufzeit			in TEUR
	bis zu einem Jahr (Vorjahr)	von einem bis zu fünf Jahren (Vorjahr)	über fünf Jahre (Vorjahr)	Gesamt 31.12.2021 (Vorjahr)
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.410 (106.078)	311.681 (157.875)	532.258 (565.313)	891.349 (829.266)
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	4.427 (1.774)	0 (0)	0 (0)	4.427 (1.774)
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	127.194 (88.690)	3 (1)	0 (0)	127.197 (88.691)
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen	11.869 (10.799)	0 (0)	0 (0)	11.869 (10.799)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.539 (1.887)	0 (0)	0 (0)	2.539 (1.887)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	123.281 (50.842)	334 (668)	65.000 (65.000)	188.615 (116.510)
	316.720 (260.070)	312.018 (158.544)	597.258 (630.313)	1.225.996 (1.048.927)

Für den Großteil der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und die Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen** wurden mit dem Abschluss von unbesicherten mittel- und langfristigen Darlehensverträgen standardisierte Financial Covenants vereinbart, die vordefinierte Finanzrelationen wie Verschuldungsgrad und Eigenmittelquote enthalten. Für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 10.917 TEUR erfolgten eine Sicherungsübereignung des finanzierten Anlagevermögens und eine offene Abtretung der mit dem Projekt verbundenen Forderungen.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** betreffen mit 7.342 TEUR Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Stadt Leipzig.

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen** betreffen 6.124 TEUR sonstige Verbindlichkeiten, 5.493 TEUR Verbindlichkeiten aus Cash Management, 250 TEUR Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie 1 TEUR Verbindlichkeiten aus Steuern.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

In den **sonstigen Verbindlichkeiten** sind Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen von 65.000 TEUR enthalten.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen Einnahmen aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften der Wasserwerke und Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig (Verkehrsbetriebe), von 1.523 TEUR, die über die Laufzeit ertragswirksam aufgelöst werden. Darüber hinaus werden unter anderem das Folgejahr betreffende Fahrgeldeinnahmen von 5.194 TEUR erfasst.

Die passiven latenten Steuern belaufen sich zum Stichtag auf 133 TEUR und entfallen auf andere Gesellschafter. Im Vorjahr beliefen sich die passiven latenten Steuern auf 410 TEUR und resultierten aus der Schuldenkonsolidierung. Die Veränderung der passiven latenten Steuern ergibt sich aus der Veränderung der latenten Steuern aus Schuldenkonsolidierung (410 TEUR), der Bildung von passiven latenten Steuern im Rahmen der Erstkonsolidierung der Tünga (475 TEUR) und ihrer Auflösung (10 TEUR) sowie aus der Aktivierung primärer latenter Steuern im Rahmen der Gesamtdifferenzenbetrachtung (332 TEUR).

2.3 Erläuterungen zur Konzerngewinn- und -verlustrechnung

Von den **Umsatzerlösen** des Konzerns entfallen 2.046.215 TEUR auf den Energiegroßhandel und auf Energielieferungen, 175.330 TEUR auf die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, 102.776 TEUR auf Erträge aus Verkehrsleistungen einschließlich Ausgleichszahlungen sowie 73.534 TEUR auf Nebengeschäfte einschließlich der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Baukostenzuschüsse.

Von den Umsatzerlösen wurden 2.249.893 TEUR in der Bundesrepublik Deutschland und 147.962 TEUR in der Republik Polen erwirtschaftet.

Die Umsatzerlöse enthalten periodenfremde Umsatzerlöse von 1.227 TEUR.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** enthalten unter anderem periodenfremde Erträge von 54.895 TEUR. Diese betreffen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (42.839 TEUR), Erträge aus der Zuschreibung auf das Anlagevermögen (5.207 TEUR), Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und dem Eingang von ausgebuchten Forderungen (3.504 TEUR) sowie Erträge aus ausgebuchten Verbindlichkeiten (857 TEUR).

Die Erträge aus Fremdwährungsgewinnen betragen 15 TEUR; davon sind 0 TEUR unrealisiert.

Der **Materialaufwand** enthält periodenfremden Aufwand von 3.553 TEUR.

In den **Abschreibungen** sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen von 993 TEUR und periodenfremde Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG von 73 TEUR enthalten.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind periodenfremde Aufwendungen von 7.961 TEUR für Wertberichtigungen und Abschreibungen von Forderungen enthalten. Aufwendungen für Fremdwährungsverluste liegen in Höhe von -1 TEUR vor.

Unter den **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind 252 TEUR aus der Abzinsung von Rückstellungen und im Posten **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** sind 1.647 TEUR aus der Aufzinsung von Rückstellungen enthalten. Die Zinserträge enthalten periodenfremde Zinserträge von 130 TEUR, die sich im Wesentlichen aus Steuererstattungen für Vorjahre ergaben. Die Zinsaufwendungen enthalten periodenfremde Zinsaufwendungen von 560 TEUR, die sich vor allem aus Steuernachzahlungen für Vorjahre ergaben.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** enthalten periodenfremde Steueraufwendungen von 829 TEUR.

3 Angaben zum Jahresergebnis

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Konzernjahresüberschuss von 40.831 TEUR ab.

Unter Berücksichtigung der den anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisse (nicht beherrschende Anteile) von 7.650 TEUR, des Konzernverlustvortrages von 134.802 TEUR und der Einstellung des Vorjahresergebnisses der LVV von 11.439 TEUR in die Gewinnrücklagen verbleibt ein Konzernbilanzverlust von 113.060 TEUR.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss der Muttergesellschaft für das Geschäftsjahr 2021 von 32.396 TEUR in die Gewinnrücklagen der LVV einzustellen.

4 Ergänzende Angaben

4.1 Haftungsverhältnisse

Im Konzern bestehen Haftungsverhältnisse von 67.695 TEUR. Davon betreffen 50.101 TEUR Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft der IFTEC in einer Bietergemeinschaft. Da die Bietergemeinschaft ihre Leistungen bisher vertragsgerecht erfüllt hat und nach derzeitigem Kenntnisstand voraussichtlich auch zukünftig erfüllen wird, ist davon auszugehen, dass mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Weiterhin bestehen Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften (CBL).

4.1.1 Klärwerketransaktion (Wasserwerke)

Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite:

Für die Fremdmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten bestehen Zahlungsinstrumente eines Finanzinstituts mit Investment-Grade-Rating gemäß Standard & Poor's und Moody's. Das Zahlungsprofil des Zahlungsinstruments ist auf die von den Wasserwerken geschuldeten Fremdmittelanteile der Leasingraten abgestimmt. Der Saldo der Fremdmittel-Zahlungsinstrumente zum Jahresende 2021 liegt bei circa 160,0 Mio. USD.

Zahlungsverpflichtung Eigenmittelseite:

Für die Eigenmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten besteht ein Zahlungsinstrument einer Zweckgesellschaft, die ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Wasserwerken durch ein fristen- und betragskonformes Portfolio aus US-Staatsanleihen gesichert hat. Das Portfolio aus US-Staatsanleihen ist zudem zugunsten des Investors verpfändet. Für das Portfolio aus US-Staatsanleihen gibt es keine vertraglich vorgegebenen Ratinganforderungen.

Bei einer vorzeitigen, von den Wasserwerken zu verantwortenden Vertragsauflösung kann sich ein Eventualrisiko aus der Differenz zwischen den für diesen Fall vertraglich vereinbarten (Eigenmittel-)Kündigungswerten und dem Marktwert des Eigenmittel-Zahlungsinstrumentes, der dem Marktwert des Portfolios aus US-Staatsanleihen entspricht, ergeben. Zum Jahresende 2021 lag dieser Differenzbetrag bei etwas weniger als 20,0 Mio. USD. Für diesen Differenzbetrag sind zusätzliche Sicherheiten zugunsten des Investors in Form von Bankavalen bei einer deutschen Landesbank bestellt. Für die Bankavale bestehen vertraglich vereinbarte Mindestratings. Da die Bankavale vor Juli 2001 begeben wurden, unterliegen diese der zeitlich uneingeschränkten Gewährträgerhaftung der damaligen Gewährträger.

4.1.2 Straßenbahntransaktion 2005 (Verkehrsbetriebe)

Die Verkehrsbetriebe haften für die künftigen Zahlungsverpflichtungen aus einem im Jahr 2005 mit der Skandinaviska Enskilda Banken AB Public Sweden (SEB) abgeschlossenen grenzüberschreitenden Leasinggeschäft mit einem Transaktionsvolumen von 22.906 TEUR. Die Zahlungsverpflichtungen sind durch den Kaufpreis abgedeckt, der beim Leasinggeber hinterlegt ist. Zum Bilanzstichtag betragen die ausstehenden Leasingverbindlichkeiten 17.487 TEUR. An den Vermögensgegenständen des Leasinggeschäfts wurde zugunsten der Verkehrsbetriebe ein Pfandrecht bestellt. Aufgrund der Struktur der Transaktion und der vorliegenden Informationen wird hieraus nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet.

4.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen und nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Es bestehen im Konzern sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasing- und Leistungsverträgen sowie Investitionen von 117.308 TEUR.

Davon bestehen Verpflichtungen aus operativem Leasing für Erzeugungsanlagen über 18.129 TEUR mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2024. Der Leasingvertrag enthält zukünftige Zahlungen mit einem variablen Zinsanteil, der auf Basis des Dreimonats-EURIBOR berechnet wird. Zinsanteile werden in den ausgewiesenen Verpflichtungen aus operativem Leasing für die oben genannten Verträge nicht dargestellt. Das operative Leasing bezieht sich auf das Biomasse(heiz)kraftwerk in Piesteritz. Vorteile dieses Geschäfts liegen im Wesentlichen in der Finanzierung durch den Leasinggeber, Nachteile ergeben sich aus hohen langfristigen Aufwendungen und der fehlenden Eigentümerstellung.

Aus Energiebeschaffung bestehen Verpflichtungen aus dem OTC (Over the Counter)-Handel für Strom mit einem Nominalwert von 1.050,6 Mio. EUR, für Gas mit einem Nominalwert von 310,6 Mio. EUR sowie für Emissionszertifikate mit einem Nominalwert von 11,9 Mio. EUR.

Darüber hinaus ergeben sich sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 4.028 TEUR aus noch nicht eingeforderten Kapitaleinlagen, ausstehenden Kommanditeinlagen, aus der Gewährung von Darlehen sowie aus Zahlung eines Zusatzkaufpreises, davon gegenüber verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen von 1.500 TEUR.

Das Bestellobligo beläuft sich auf 199.252 TEUR.

Ein Teil der Unternehmen des LVV-Konzerns hat im Geschäftsjahr 2021 an die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen, Dresden, Umlagen von 1,6 % und Zusatzbeiträge von 4,4 % (davon teilweise 2,0 % Arbeitnehmeranteil) der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Beschäftigten geleistet. Die Umlagen und Zusatzbeiträge dienen der mittelfristigen Ausfinanzierung der Zusatzversorgungskasse im Zuge der Umstellung auf ein beitragsfinanziertes, kapitalgedecktes Versicherungssystem. Sobald die Ausfinanzierung erreicht ist, soll die Umlage entfallen.

4.3 Derivative Finanzinstrumente

Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken werden Zins- und Devisenderivate abgeschlossen. Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten.

Zum Bilanzstichtag stellen sich Nominalvolumina, beizulegende Zeitwerte und Buchwerte der ausgewiesenen Finanzderivate wie folgt dar:

Commodity-Derivate

in TEUR

	Nominalvolumen	Beizulegender Zeitwert	31.12.2021	
			Buchwert	
			Aktiva	Passiva
Strom ¹	2.633.847	26.613	0	0 ²
Gas ¹	462.415	-9.597	0	0 ²
CO ₂ -Zertifikate ¹	27.020	6.967	0	0 ²

¹ Grund- und Sicherungsinstrumente in Bewertungseinheiten

² ineffektiver Teil der Sicherungsbeziehung

Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von **Commodity-Derivaten** in Form von Optionen, Forwards und Futures.

Über geregelte Märkte (Börsen) oder Finanzinstitute erworbene Finanzinstrumente (Derivate, Emissionszertifikate) werden in Anlehnung an § 1 Abs. 11 KWG als Commodity-Derivate im Anhang angegeben. Das Nominalvolumen entspricht dem additiven Wert aller geschlossenen Kauf- (1.561,3 Mio. EUR) und Verkaufsverträge (1.562 Mio. EUR) für zukünftige Lieferperioden bis einschließlich 2025.

Die zu Handelszwecken geschlossenen Kauf- und Verkaufskontrakte werden nach Lieferperioden und Commodities getrennt zu Portfolien zusammengefasst und entsprechend § 254 HGB bewertet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgte mit Marktpreisen zum Bilanzstichtag, basierend auf extern anerkannten Quellen, zum Beispiel den amtlichen Schlusskursen an der European Energy Exchange AG, Leipzig. Zur Bestimmung der prospektiven Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird auf das dokumentierte, angemessene und funktionsfähige Risikomanagement der Gesellschaft verwiesen, mit dem die Einhaltung der Risikolimits fortlaufend überwacht wird. Die Wertänderungen sind über einen Zeitraum von zwei Jahren gesichert. Die Beurteilung der Effektivität der Bewertungseinheit erfolgt zum Jahresende durch die Betrachtung des Saldos der beizulegenden Zeitwerte der einbezogenen Geschäfte. Ist dieser Saldo negativ, so wird eine Drohverlustrückstellung für die Bewertungseinheit gebildet. Bei einem positiven Saldo der beizulegenden Zeitwerte werden diese bilanziell nicht berücksichtigt.

Im Bereich des Endkundenmarktes wurden Vertragsportfolien nach IDW RS ÖFA 3 für Strom und Gas gebildet. Die Portfolien umfassen derzeit die jeweils für die Jahresscheiben 2022, 2023 und 2024 abgeschlossenen beziehungsweise erwarteten Absatz- und Beschaffungsgeschäfte. Die Absatzgeschäfte betreffen verbindliche Absatzverträge mit Kunden sowie den mit hoher Wahrscheinlichkeit noch zu erwartenden Kundenabsatz. Diesen werden Beschaffungsgeschäfte entgegengestellt, welche kontrahierte Börsen- beziehungsweise OTC-Beschaffungsgeschäfte beinhalten. Zudem werden in der Portfoliobetrachtung die direkt zuordenbaren Gemeinkosten auf Basis des Deckungsbeitrages IV berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2021 sind (diskontierte) Drohverlustrückstellungen von 4,9 Mio. EUR zugeführt worden.

Weiterhin wurden im Bereich der Fernwärme Portfolien nach IDW RS ÖFA 3 aus Fernwärmebezugs-, -absatz- und Ölabsicherungsverträgen gebildet. In die Portfolien wurden auch die relevanten Kraftwerkskapazitäten zur Fernwärmeerzeugung einbezogen. Die Absatzgeschäfte umfassen größtenteils verbindliche Absatzverträge mit Kunden, welche teilweise ölpreisabhängig sind. Diese Preisrisiken werden durch finanzwirtschaftliche Geschäfte abgesichert.

Bei der Bilanzierung der Bewertungseinheiten wurde jeweils die Einfrierungsmethode angewandt.

4.4 Angaben zu den Organen

Der **Geschäftsführung** gehören an:

- Herr Michael M. Theis,
Geschäftsführer Wasser, Kommunikation und Presse, Personal, Sprecher der Geschäftsführung, Arbeitsdirektor,
- Herr Ulf Middelberg,
Geschäftsführer Mobilität, Konzernentwicklung, Marke, Digitalisierung,
- Herr Volkmar Müller,
Geschäftsführer Revision, Recht, Gremienmanagement, Finanz- und Risikomanagement, Rechnungswesen und Steuern,
- Herr Karsten Rogall,
Geschäftsführer Energie, Informationstechnik, Beteiligungscontrolling.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden den Mitgliedern der Geschäftsführung folgende Leistungen gewährt:

in TEUR

	Festes Jahres- grund- gehalt	Sonstige Bezüge	Erfolgs- abhängige Vergü- tungen	Gesamt- vergütung	Geleistete Zahlungen im Falle der Beendigung der Tätigkeit (Abfindungen)	Art der Alters- ver- sorgung ¹	Alters- versorgung (Beitrags-) Aufwand
	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)
Michael M. Theis	240 ² (240)	5 (12)	40 ³ (48)	286 (300)	0 (0)	A (A)	30 (30)
Ulf Middelberg	220 (220)	4 (6)	33 ³ (48)	257 (274)	0 (0)	A (A)	30 (30)
Volkmar Müller	220 (220)	6 (11)	40 ³ (48)	266 (279)	0 (0)	A (A)	30 (30)
Karsten Rogall	220 (220)	6 (11)	40 ³ (48)	266 (279)	0 (0)	A (A)	30 (30)
	900 (900)	21 (40)	153 (192)	1.075 (1.132)	0 (0)		120 (120)

¹ A – beitragsorientierte Leistungszusage

² inklusive Sprecherzulage

³ Zahlung Erfolgsprämie für 2020 im Jahr 2021

Darüber hinaus sind jährliche Versorgungsleistungen von 35 TEUR an frühere Mitglieder der Geschäftsführung gezahlt worden. Für laufende Pensionen an ehemalige Geschäftsführer sind 426 TEUR (Vj.: 445 TEUR) zurückgestellt.

Der **Aufsichtsrat** besteht aus folgenden Mitgliedern:

Anteilseignervertreter	
Burkhard Jung Vorsitzender des Aufsichtsrates	Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Torsten Bonew	Erster Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen, Stadt Leipzig
Martin Biederstedt	Büroleiter/Assistent, gross :: rechtsanwaelte
Siegbert Droese	Mitglied des Deutschen Bundestages
Katharina Krefft	Ärztin, Sächsisches Krankenhaus Altscherbitz
Sven Morlok	Staatsminister, a. D.
Heiko Oßwald	Sachgebietsleiter Einkommensteuer, Finanzamt Leipzig II
Franziska Riekewald	Referentin Geschäftsentwicklung, o.trend GmbH
Claus-Uwe Rothkegel	Geschäftsführer, Rothkegel BauFachhandel GmbH und Rothkegel GmbH
Steffen Wehmann	Mitarbeiter Finanzen/Banken, Konsum Leipzig eG Fraktionsassistent, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat der Stadt Leipzig
Arbeitnehmervertreter	
Ines Kuche Stellvertretende Vorsitzende	Stellvertretende Landesbezirksleiterin, ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Norman Friske	Bezirksleiter Leipzig, IG BCE Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Susann Frölich	Betriebsratsvorsitzende, Stadtwerke Leipzig GmbH
Jens Herrmann-Kambach	Betriebsrat, Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH
Katja Hübner	Betriebsratsvorsitzende, LAS GmbH
Armin Krück	Betriebsratsvorsitzender, Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Peter Kubiak	Sachbearbeiter Koordination Telekommunikation, Netz Leipzig GmbH
Nico Langhammer	Sachbearbeiter Technik/Automatisierungstechnik, Bau und Service Leipzig GmbH
Peter Lintzel	Bereichsleiter Erzeugung, Stadtwerke Leipzig GmbH
Paul Schmidt (ab dem 1. August 2021)	Landesbezirksfachbereichsleiter Öffentliche und private Dienstleistungen, Sozialversicherung und Verkehr ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Paul Pjanow (bis zum 31. Juli 2021)	Kinder- und Jugendmitarbeiter für das Projekt „Licht auf dem Berg“ Mastering Your Life e. V.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2021 folgende Vergütung und Sitzungsgelder:

in EUR

Anteilseignervertreter	Summe Vergütung	Summe Sitzungsgelder
Burkhard Jung Vorsitzender des Aufsichtsrates	1.000,00	1.875,00
Torsten Bonew	1.000,00	1.250,00
Martin Biederstedt	1.000,00	1.500,00
Siegbert Droese	1.000,00	1.500,00
Katharina Krefft	1.000,00	1.250,00
Sven Morlok	1.000,00	1.500,00
Heiko Oßwald	1.000,00	1.500,00
Franziska Riekewald	1.000,00	1.500,00
Claus-Uwe Rothkegel	1.000,00	1.500,00
Steffen Wehmann	1.000,00	1.875,00
	10.000,00	15.250,00

in EUR

Arbeitnehmervvertreter	Summe Vergütung	Summe Sitzungsgelder
Ines Küche Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende	1.000,00	1.875,00
Norman Friske	1.000,00	1.500,00
Susann Frölich	1.000,00	1.250,00
Jens Herrmann-Kambach	1.000,00	1.000,00
Katja Hübner	1.000,00	1.250,00
Armin Krück	1.000,00	1.500,00
Peter Kubiak	1.000,00	1.750,00
Nico Langhammer	1.000,00	1.250,00
Peter Lintzel	1.000,00	1.500,00
Paul Schmidt (ab dem 1. August 2021)	416,67	750,00
Paul Pjanow (bis zum 31. Juli 2021)	583,33	750,00
	10.000,00	14.375,00

4.5 Abschlussprüferhonorar

Das vom Abschlussprüfer des LVV-Konzerns für das Geschäftsjahr 2021 berechnete Gesamthonorar beträgt 363 TEUR. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen 311 TEUR sowie auf andere Bestätigungsleistungen 51 TEUR. Im Gesamthonorar sind Leistungen von 24 TEUR für Vorjahre enthalten.

Das Gesamthonorar für andere, bei Tochterunternehmen im LVV-Konzern tätige Abschlussprüfer beträgt 333 TEUR. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen 264 TEUR, auf Steuerberatungsleistungen 57 TEUR sowie auf sonstige Leistungen 12 TEUR. Im Gesamthonorar sind 0 TEUR für Vorjahre enthalten.

4.6 Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB)

	2021	2020
Angestellte	1.940	1.938
Gewerbliche Mitarbeiter	3.030	3.012
	4.970	4.950

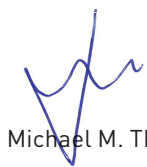
5 Nachtragsbericht

Der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die souveräne Ukraine am 24. Februar 2022 stellt ein Ereignis dar, das in der globalen Wirtschaft und damit auch in der Rechnungslegung der Unternehmen zum Teil deutliche Spuren hinterlassen wird. Im Zusammenhang mit dem militärischen Konflikt wurden signifikante Sanktionen gegen Russland erlassen. Auf den Welthandel und insbesondere auf die wirtschaftliche Entwicklung in Europa werden sich diese Sanktionen und mögliche wirtschaftliche Gegenmaßnahmen Russlands negativ auswirken. Eine entscheidende Rolle für die Preisentwicklung auf dem Energiemarkt und die Versorgungssicherheit in Deutschland wird die Aufrechterhaltung der Gasversorgung durch Russland in Europa einnehmen. Es ist insgesamt eine steigende Inflation zu erwarten, die Auswirkungen auf alle Wirtschaftsbereiche haben kann. Die unmittelbaren Auswirkungen auf den LVV-Konzern sind jedoch noch nicht vollumfänglich absehbar. Damit einhergehende Ergebnisausfälle können daher nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Aufgrund dieser Entwicklung werden fortlaufend mögliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage analysiert. Eine vollständige Bewertung ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Fortführung der Unternehmenstätigkeit jederzeit gegeben ist. Im Übrigen verweisen wir auf die Risiko- und Prognoseberichterstattung im Lagebericht des Konzerns.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nicht bereits im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 sowie im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 Erwähnung fanden, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Leipzig, den 25. April 2022

Geschäftsführung



Michael M. Theis



Ulf Middelberg



Volkmar Müller



Karsten Rogall

Entwicklung des Konzernanlagevermögens im Geschäftsjahr 2021

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						
	01.01.2021	Währungs- differenz	Zugänge	Umbu- chungen	Zugänge Konsolidie- rungskreis	Abgänge	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte	2.289	0	525	19	0	0	2.833
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV- Programme und Grunddienstbarkeiten	150.906	-30	2.567	4.177	0	3.774	153.846
3. Geleistete Anzahlungen	3.616	0	1.581	-2.069	0	0	3.128
	156.811	-30	4.673	2.127	0	3.774	159.807
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	659.382	-1.851	2.231	10.572	4	2.532	667.806
2. Technische Anlagen und Maschinen	4.287.561	-494	132.017	88.004	20.935	26.734	4.501.289
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	106.320	-69	7.413	3.330	0	5.704	111.290
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	203.180	-32	179.171	-104.033	0	24	278.262
	5.256.443	-2.446	320.832	-2.127	20.939	34.994	5.558.647
III. Finanzanlagen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	24.616	-110	625	0	0	3.044	22.087
2. Ausleihungen an verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	4.996	-40	2.038	0	0	304	6.690
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	3.581	0	0	-22	9	0	3.568
4. Beteiligungen	195.862	-1	2.616	22	0	0	198.499
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit de- nen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.620	0	0	0	0	0	6.620
6. Sonstige Ausleihungen	1.246	0	76	0	0	158	1.164
	236.921	-151	5.355	0	9	3.506	238.628
	5.650.175	-2.627	330.860	0	20.948	42.274	5.957.082

in TEUR

01.01.2021	Währungs- differenz	Zugänge	Umbu- chungen	Zuschrei- bungen	Zugänge Konsolidie- rungskreis	Abgänge	Kumulierte Abschreibungen		Buchwerte	
							31.12.2021		31.12.2021	31.12.2020
363	0	649	0	0	0	0	1.012		1.821	1.926
137.698	-8	4.950	-15	0	0	1.625	141.000		12.846	13.208
0	0	0	0	0	0	0	0		3.128	3.616
138.061	-8	5.599	-15	0	0	1.625	142.012		17.795	18.750
315.139	-742	13.250	42	-4.370	1	2.016	321.304		346.502	344.243
2.559.097	-368	127.018	65	-494	4.549	26.073	2.663.794		1.837.495	1.728.464
77.402	-54	11.340	-92	-343	0	5.561	82.692		28.598	28.918
216	-3	178	0	0	0	19	372		277.890	202.964
2.951.854	-1.167	151.786	15	-5.207	4.550	33.669	3.068.162		2.490.485	2.304.589
313	0	0	0	0	0	0	313		21.774	24.303
0	0	0	0	0	0	0	0		6.690	4.996
3.568	0	0	0	0	0	0	3.568		0	13
72.542	-1	0	0	0	0	0	72.541		125.958	123.320
1.861	0	0	0	0	0	0	1.861		4.759	4.759
0	0	0	0	0	0	0	0		1.164	1.246
78.284	-1	0	0	0	0	0	78.283		160.345	158.637
3.168.199	-1.176	157.385	0	-5.207	4.550	35.294	3.288.457		2.668.625	2.481.976

Konzerneigenkapitalspiegel zum 31. Dezember 2021

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

	Eigenkapital des Mutterunternehmens						Summe
	Gezeichnetes Kapital	Rücklagen		Eigenkapi- taldifferenz aus Wäh- rungsum- rechnung	Gewinn- vortrag/ Verlust- vortrag	Konzern- jahres- überschuss/ -fehlbetrag, der dem Mutter- unterneh- men zuzu- rechnen ist	
		Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen				
Stand am 31. Dezember 2019	512	364.243	179.150	-5.237	-124.594	-6.614	407.460
Kapitalerhöhung/-herabsetzung	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung in/Entnahme aus Rücklagen	0	261.667	15.403	0	-15.403	0	261.667
Ausschüttung	0	0	0	0	0	0	0
Währungsumrechnung	0	0	0	-5.934	0	0	-5.934
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	1	1
Änderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0	8.789	3.019	11.808
Stand am 31. Dezember 2020	512	625.910	194.553	-11.171	-131.208	-3.594	675.002
Kapitalerhöhung/-herabsetzung	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung in/Entnahme aus Rücklagen	0	0	11.439	0	-11.439	0	0
Ausschüttung	0	0	0	0	0	0	0
Währungsumrechnung	0	0	0	-701	0	0	-701
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	0	0
Änderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0	7.845	25.336	33.181
Stand am 31. Dezember 2021	512	625.910	205.992	-11.872	-134.802	21.742	707.482

in TEUR

			Nicht beherrschende Anteile	Konzerneigenkapital
Nicht beherrschende Anteile vor Eigenkapitaldifferenz aus Währungs-umrechnung und Jahres-ergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Eigenkapitaldifferenz aus Währungs-umrechnung	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Gewinne/Verluste	Summe	Summe
88.172	-379	4.949	92.742	500.202
0	0	0	0	0
0	0	0	0	261.667
-4.648	0	0	-4.648	-4.648
0	0	0	0	-5.934
-1	0	0	-1	0
0	0	0	0	0
4.949	58	1.220	6.227	18.035
88.472	-321	6.169	94.320	769.322
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
-6.168	0	0	-6.168	-6.168
0	0	0	0	-701
-2	0	0	-2	-2
1.575	0	0	1.575	1.575
6.169	17	1.464	7.650	40.831
90.046	-304	7.633	97.375	804.857

Konzernkapitalflussrechnung

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

in TEUR

	2021	2020
Konzernjahresüberschuss	40.831	18.035
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	157.387	149.018
Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	73	70
Zuschreibungen zum Anlagevermögen	-5.207	-23
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	-28.465	-21.614
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-38.759	-36.797
Erträge aus der Auflösung abgegrenzter Barwertvorteile aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften	-419	-419
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und von konsolidierten Unternehmen	181	-199
Konsolidierungskreisbedingte Änderungen und sonstige nicht zahlungswirksame Vorgänge	-5.069	-1.160
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte	-9.265	-1.658
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen und sonstiger Aktiva	-122.068	2.070
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-5.676	-3.257
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva	132.721	-411
Zinsaufwendungen (+)/Zinserträge (-)	18.365	33.269
Beteiligungserträge (-)	-7.910	-6.824
Ertragsteueraufwand (+)/-ertrag (-)	7.754	6.822
Ertragsteuerauszahlungen (-)	-21.414	-8.582
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	113.060	128.340
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	3.755	4.156
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-4.673	-5.491
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-314.805	-278.743
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-5.355	-8.159
(+) erhaltene Zinsen	204	234
(+) erhaltene Beteiligungserträge	6.477	6.547
(+) Einzahlungen aus dem Abgang von Deckungsvermögen	857	759
(-) Auszahlungen für den Erwerb von Deckungsvermögen	-938	-1.136
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-314.478	-281.833
Einlagen der Gesellschafterin	0	33.820
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	154.645	193.642
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-80.628	-100.178
Ausschüttungen an andere Gesellschafter	-6.168	-4.648
(+) Einzahlungen aus Zuschüssen	73.947	92.277
(-) gezahlte Zinsen	-15.159	-31.932
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	126.637	182.981
Veränderung des Finanzmittelfonds	-74.781	29.488
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	121.154	91.284
Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-753	382
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	45.620	121.154
davon: Inanspruchnahme einer kurzfristigen Kreditlinie	0	-24.990
davon: Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	45.620	146.144
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	45.620	121.154
Wesentliche zahlungsunwirksame Investitions- und Finanzierungsvorgänge		
Umwandlung des Gesellschafterdarlehens in Eigenkapital	0	227.847
Unentgeltliche Übertragung von Sachanlagen	6.027	2.730

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2021, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2021 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsver-

DEE00023896.1.2

merks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die von uns vor Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangte Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren

DEE00023896.1.2

ren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grund-

DEE00023896.1.2

haltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen-

DEE00023896.1.2

des Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

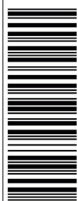
Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Leipzig, den 28. April 2022

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Carl Erik Daum
Wirtschaftsprüfer

Werner Horn
Wirtschaftsprüfer



DEE00023896.1.2

Die Unterschriften sind als qualifizierte eSignaturen im PDF enthalten.

Impressum

Herausgeber

LVV Leipziger Versorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH
Reichsstraße 4
Speck's Hof/Aufgang A
D-04109 Leipzig

Tel.: 0341 355300-0
Fax: 0341 355300-10
lvv@L.de

www.L.de

Verantwortlich

Michael M. Theis
(Sprecher der Geschäftsführung),
Ulf Middelberg (Geschäftsführer),
Volkmar Müller (Geschäftsführer),
Karsten Rogall (Geschäftsführer)

Konzept und Gestaltung

Centralgestalt GmbH
www.centralgestalt.de

PDF-Download

www.L.de/geschaeftsbericht